

# ÖKOSTEUERNEWS 5 – JANUAR 2002

---

## NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

### FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>  
Fon 089/520113-13 Fax 089/520113-14 <mailto:foes@foes-ev.de>

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.  
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.\*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer  
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

\*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

---

### Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL .....	1
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND .....	3
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL .....	19
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER .....	26
4.A	AKTIVITÄTEN DES BUND .....	26
5.	WEITERE UMWELT- UND WIRTSCHAFTSTHEMEN .....	28
6.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER .....	31
7.	KURZMELDUNGEN .....	32
8.	SERVICE: JOBS .....	32
9.	SERVICE: LINKS .....	33
10.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN .....	34
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE .....	35

---

## 1. EINFÜHRUNG / LEITARTIKEL

### Liebe Freunde der Ökologischen Steuerreform und des FÖS! (AK)

Nach der Pause im Dezember erscheint mit der jetzigen Ausgabe der erste Newsletter 2002. Einleiten möchten wir dieses neue Jahr mit einer Karikatur von Gerhard Mester:



Inhaltlich dreht sich diese Ausgabe viel um die neue Stufe der Ökosteuern – die Erhöhungsschritte können Sie unter <http://www.foes-ev.de/4fakten/erhoehungsschritte.html> nachlesen – und den Konflikt zwischen der EU und der Bundesregierung wegen der Sonderregelungen innerhalb der ÖSR.

Der BUND hat Einiges zu berichten, deshalb haben wir dessen Rubrik vorgezogen.. Aber lesen Sie selbst...

Wie immer wünschen wir viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Reaktionen!  
Ihr FÖS-Team

### Happy New Year, liebe Ökosteuern!

Der Euro ist gekommen, und so hat fast keiner bemerkt, dass auch Sprit und Strom wieder teurer wurden: um 3,07 Cent der Liter Treibstoff und um 0,26 Cent die Kilowattstunde Strom. Für die Haushalte macht das ganze mit Mehrwertsteuer 3,56 Cent beim Benzin bzw. Diesel, 0,30 Cent beim Strom aus. Für die Industrie und die Landwirtschaft (nicht aber den Dienstleistungssektor!) kommt die Ökosteuern bekanntlich deutlich günstiger: Sie zahlt beim Strom lediglich 0,05 Cent mehr als 2001. Heizöl und Erdgas wurden im Rahmen der Ökosteuern nur einmalig 1999 erhöht. Der Streit um diese reduzierten Sätze bildet eines der Hauptthemen dieses Newsletters.

Wir meinen dazu: Bei der Einführung der Ökosteuern war es in Ordnung, die Industrie zu schonen, auch wenn nur ein Bruchteil der betroffenen Branchen wirkliche Wettbewerbsprobleme bekommen hätte. Anerkannt wurden die Vergünstigungen bis heute nicht, denn das Jammern mancher Verbandsvertreter klingt so, als ob die Industrie nicht 20, sondern 200 Prozent der normalen Sätze zahlen müsste. Auf Dauer aber ist die Ökosteuern nicht auf Ausnahmen und Privilegien angelegt. Der Schaden für Ressourcen und Klima ist der gleiche, ob fossile Energieträger nun im Büro, in der Fabrik, im Auto oder im Privathaushalt verpackelt werden. Wir plädieren daher für den Abbau der Ökosteuerausnahmen, natürlich nur in behutsamen Schritten. Schon im Herbst kam es, von Presse und Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, zu einer kleinen, aber wichtigen Steueränderung im Rahmen der Ökologischen Steuerreform: So werden für stark schwefelhaltige Kraftstoffe (ab 50 ppm – parts per million = 50 mg/kg) ab dem 01.11.2001 1,53 Cent je Liter mehr verlangt.

Dies hat sich faktisch jedoch nicht negativ auf das Preisniveau ausgewirkt – vielmehr sind die Spritpreise sogar noch leicht zurückgegangen. Umweltpolitisch ist der Effekt aber bedeutsam, weil es damit eine Verbrauchsminderung von einem Prozent und eine noch viel deutlichere Reduktion der klassischen Schadstoffe einhergeht. Denn fast alle Tankstellen haben aufgrund des Steueranreizes umgehend auf schwefelarme Treibstoffe, teils direkt auf schwefeldfreie (bis 10 ppm) umgestellt. Dabei werden letztere erst ab 1.1.2003 steuerlich begünstigt.

Wahrscheinlich lag es am Afghanistan-Konflikt, dass dieser kleine Steueranreiz keine Aufmerksamkeit erregte. Aber auch die sehr viel bedeutendere Entscheidung der Bundesregierung, eine Autobahn-Maut für LKW über 12 Tonnen einzuführen – ab 01.01.2003 müssen für LKW durchschnittlich 15 Cent pro Kilometer gezahlt werden –, wurde bisher mit erstaunlicher Ruhe akzeptiert. Vielleicht ist es auch nicht ganz so erstaunlich, werden doch damit grundsätzlich die Wettbewerbsbedingungen deutscher Spediteure verbessert. Schließlich die neueste Ökosteuerstufe vom 1. Januar: Ihre bisher weitgehend schmerzlose Einführung dürfte auch dem Euro zu danken sein, und zwar gleich zweifach: Zum einen, weil dessen „Geburt“ natürlich das überragende Ereignis dieses Jahreswechsels war. Zum anderen, weil der Bürger beim Vergleich der neuen Benzinpreise in € mit den alten DM-Preisen nicht den Taschenrechner rauszieht, sondern 1:2 umrechnet. 95 Cent entsprechen so 1,90 DM, und soviel hat der Liter Normalbenzin im Dezember noch gekostet. Außerdem sind die Rohölpreise weit unter ihren Höchstständen der letzten zwei Jahre.

Alles in Butter somit für die Ökosteuer? Ja und Nein. Ja, denn das bestehende Gesetz mit seinen fünf Stufen (vorerst letzte Erhöhung erfolgt am 1. Januar 2003) dürfte nicht einmal im Fall eines Regierungswechsels in Frage stehen, oder allenfalls die letzte Stufe – jedoch nur bei gleichzeitiger Erhöhung der Rentenbeiträge! Auch eine konservativ-liberale Koalition könnte auf den Finanzierungsbeitrag der Ökosteuer nicht ohne weiteres verzichten. Nein, weil sich zugleich abzeichnet, dass Schröder und Eichel es mit der jetzt erreichten Ökosteuergesetzgebung ab 2003 bewenden lassen wollen. Insgesamt gerade mal 30 Pfennig bei Benzin und Diesel und 4 Pfennig bei der Kilowattstunde, das soll schon alles gewesen sein?

Das ist noch nicht der Durchbruch des Prinzip der allmählichen, aber stetigen Verteuerung von fossiler Energie, für den wir und viele andere seit Jahren kämpfen. Es wird also auch im neuen Jahr – und die Bundestagswahl am 22. September 2002 sorgt mit Sicherheit dafür – für uns einiges an Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten sein. Darauf freuen wir uns – und ebenso auf die Kommunikation mit Ihnen, den immer zahlreicher werdenden Lesern unseres Newsletters. (AG/KS)

## 2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

### *Norbert Walter plädiert für weitere jährliche Erhöhung der Ökosteuer*

Die Erhöhung der Mineralölsteuer hat sich dem Bundesumweltamt zufolge in den vergangenen Jahren positiv auf Umwelt und Wirtschaft ausgewirkt. Die ökologische Steuerreform habe seit 1999 die Umwelt entlastet und Arbeitsplätze geschaffen, ergaben Untersuchungen der Behörde, die am Donnerstag veröffentlicht wurden. Bereits in diesem Jahr würden dadurch 60 000 Menschen mehr beschäftigt sein. Außerdem würden 2002 voraussichtlich über sieben Millionen Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids weniger ausgestoßen. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, plädierte unterdessen für eine weitere jährliche Erhöhung der Ökosteuer. Jedem müsse klar sein, dass die fossilen Energien nicht erneuerbar seien und die Umweltbelastung zurückgeschraubt werden müsse, betonte Walter (Übernommen aus dem Handelsblatt, 04.01.02).

### *Höhere Mineralölsteuer entlastet die Umwelt und den Arbeitsmarkt*

Zum 1. Januar 2002 wurde im Rahmen der Ökologischen Steuerreform die Mineralölsteuer auf Benzin und Diesel um weitere 3 Cent (6 Pfennig) erhöht. Damit wird das Mineralölaufkommen 2002 im Vergleich zum Vorjahr um einen Betrag von rund 1,94 Mrd. € (rund 3,8 Mrd. DM) steigen, der zur Senkung der

Sozialversicherungsbeiträge verwendet wird. Vor diesem Hintergrund hat das Umweltbundesamt untersuchen lassen, wie sich die seit 1999 vorgenommenen Mineralölsteuererhöhungen und die damit finanzierten Senkung und Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge auf Wirtschaft und Umwelt auswirken. (Die Stromsteuererhöhung wurde hier nicht betrachtet.) Der ökonomische Vergleich der höheren Kraftstoffbesteuerung mit einer hypothetischen Situation ohne Ökosteuer zeigt, dass die Ökologische Steuerreform zu Umweltverbesserungen beiträgt und zusätzliche Arbeitsplätze schafft. Bereits im Jahr 2002 werden knapp 60.000 mehr Menschen beschäftigt sein. Durch die Ökosteuer auf Kraftstoffe werden im Jahr 2002 über 7 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO<sub>2</sub>) weniger ausgestoßen. Bis zum Jahr 2006 steigt die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze auf 90 000. Die Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen wird dann knapp 9 Millionen Tonnen pro Jahr betragen.

Die im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellten Simulationsrechnungen wurden mit dem umweltökonomischen Modell "Panta Rhei", einem ökonometrischen Input-Output-Modell, durchgeführt. Mit Hilfe dieses Modells können die Wirkungen der Ökosteuer auf Kraftstoffe von den überlagernden konjunkturellen und außenwirtschaftlichen Einflüssen isoliert werden. Dies erlaubt es, den Beitrag der Ökologischen Steuerreform am Rückgang des Kraftstoffverbrauchs – getrennt von den Auswirkungen der Preissteigerungen auf den internationalen Rohölmärkten und der Wechselkursentwicklungen – zu schätzen.

Das Niveau der privaten Konsumausgaben wird durch die Ökosteuer kaum beeinflusst, allerdings kommt es zu durchaus spürbaren Verlagerungen: Während die Ausgaben für Kraftstoffe wegen der höheren Besteuerung bis 2006 um insgesamt rund 1,33 Mrd. € (rund 2,6 Mrd. DM) sinken werden, steigen die Ausgaben für fremde Verkehrsleistungen (vor allem für öffentlichen Verkehr und Reisen) im gleichen Zeitraum insgesamt um rund 410 Millionen € (rund 800 Millionen DM) pro Jahr. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Ökosteuer auf Kraftstoffe nicht negativ auf die Konjunktur auswirkt, sondern – im Gegenteil – für mehr Arbeitsplätze sorgt.

Die in den letzten Jahren zu verzeichnende Verringerung des CO<sub>2</sub>-Gesamtausstoßes wird durch die Ökosteuer unterstützt. 2001 waren es schon rund 5,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, die durch die höhere Kraftstoffbesteuerung gemindert wurden. 2002 und 2003 steigt die jährlich eingesparte Menge an CO<sub>2</sub>-Emissionen noch einmal jeweils um 1,7 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Damit wird sichtbar, in welchem Ausmaß die Ökosteuer zu Kraftstoffeinsparungen und Umweltentlastungen führt – neben der Aufwertung des US-Dollars und dem starken Anstieg der Rohölpreise. Darüber hinaus hat die Ökologische Steuerreform eine breite gesellschaftliche Debatte über das Energiesparen angestoßen.

Die Simulationsrechnungen mit dem Modell "Panta Rhei" sind Zwischenergebnisse des laufenden Forschungsprojekts "Ökonometrische Modellierung der Wirkungen umweltpolitischer Instrumente", das im Auftrag des Umweltbundesamtes unter der Federführung von Prof. Dr. Joachim Frohn (Universität Bielefeld) sowie Prof. Dr. Bernd Meyer (Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung) und Bernhard Hillebrand (Rheinisch Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) bearbeitet wird. Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Frühjahr 2002 veröffentlicht (Pressemitteilung des Umweltbundesamts, 03.01.02).

### ***Streit um Ökosteuer flammt neu auf***

Die sechs führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute streiten über die Ökosteuer. Die Einschätzungen der Experten reichen von beispielhaft über finanziell notwendig bis zu absolut verfehlt, wie eine Umfrage ergab (Stuttgarter Zeitung, 27.12.01).

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/76144>

### ***"Das Geld aus der Ökosteuer versickert nicht"***

Der grüne Abgeordnete Reinhard Loske will Einnahmen weiterer Stufen nach 2003 in die Arbeitslosenversicherung umleiten.

Diesmal wird es keine "Benzin-Wut" geben, schätzt Reinhard Loske, auch wenn Kraftstoff am 1. Januar durch die Ökosteuer wieder um sieben Pfennig teurer wird. Mit Loske, dem umweltpolitischen Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, sprach FR-Redakteur Joachim Wille.

FR: Herr Loske, am 1. Januar kommt die nächste Stufe der Ökosteuer. Befürchten Sie einen Aufstand an den

*Tankstellen?*

Reinhard Loske: Ich erwarte keine Protestwelle, denn die Benzinpreise sind derzeit relativ niedrig. Die Preise haben zuletzt ja ohnehin enorm geschwankt. Hinzu kommt die Umstellung auf den Euro. Die Ein-Euro-Marke dürfte nicht überschritten werden.

*Aber ein gewisser Unmut bei den Autofahrern ist doch zu erwarten. Es sieht ja so aus, als verschwinde das Geld in den Kassen des Staates. Die Rentenbeiträge sinken nicht wie von Rot-Grün versprochen.*

Das Geld versickert nicht. Als Rot-Grün an die Regierung kam, lagen die Rentenbeiträge bei 20,3 Prozentpunkten, jetzt sind es 19,1. Diesmal erreichen wir mit dem Geld aus der Ökosteuer allerdings nur noch, dass die Beiträge stabil bleiben. Die Versicherung wird auf Grund des Älterwerdens der Gesellschaft und der gestiegenen Arbeitslosigkeit leider immer teurer.

*Sie wollten doch dank Ökosteuer um 0,1 auf 19 Prozentpunkte herunterkommen.*

Richtig, das klappt aber nicht. Nur: Gäbe es keine Ökosteuer, wären wir bei 21 Prozentpunkten. Die Arbeitskosten lägen deutlich höher. Aber tatsächlich wäre es besser, die Einnahmen aus zusätzlichen Ökosteuer-Schritten nach 2003 nicht mehr der Rentenversicherung zuzuführen, sondern den Faktor Arbeit anders zu entlasten.

*Diesmal wird die Arbeit nicht billiger, also können so auch keine neuen Jobs entstehen. Wie viele Arbeitsplätze rechnen sie den fünf Ökosteuer-Stufen denn zu?*

Das kurzfristig zu bilanzieren, ist schwierig. Aber eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besagt, dass bis 2010 mit Ökosteuer die CO<sub>2</sub>-Emission um 20 Millionen Tonnen im Jahr zurückgehen und bis zu 250 000 mehr Arbeitsplätze vorhanden sind als ohne Ökosteuer.

*Diese Rechnung setzt voraus, dass die Ökosteuer weitergeführt wird. Bundeskanzler Schröder hat gesagt: Weitere Stufen wird es nicht geben.*

Wir Grünen stehen zur ökologischen Steuerreform, wir wollen sie nach 2003 weiterentwickeln. Aber auch in der SPD ist die Stimmung nicht so negativ, wie manche sagen. Der SPD-Bundesparteitag vor wenigen Wochen hat die Ökosteuer positiv bewertet.

*Wie sollten Schritte nach 2003 aussehen?*

Es geht erstens um die Verbesserung der Ökosteuer, wie sie jetzt ist, und zweitens um ihre intelligente Weiterentwicklung. So muss die bestehende Ausnahmeregelung für die Wirtschaft zielführender gestaltet werden. Das heißt: Wir können ihr in Zukunft den auf ein Fünftel reduzierten Steuersatz nur noch gewähren, wenn konkrete Gegenleistungen erbracht werden, beispielsweise, in dem in den Unternehmen Energie-Audits gemacht werden, die die Einspar-Möglichkeiten aufzeigen. Die weiteren Stufen der Ökosteuer sollten in etwa so groß sein wie die bisherigen.

*Also weiterhin 3,5 Cent beim Sprit?*

Das wären rund drei Prozent pro Jahr. Berücksichtigt man, dass die Entwicklung sparsamerer Autos seit Einführung der Ökosteuer deutlich beschleunigt wurde, dann ist das eine vertretbare Größe.

*Sie wollen die Rückgabe der Ökosteuer-Mittel an die Bürger verändern? Wie?*

Am vernünftigsten wäre es, die zusätzlichen Einnahmen nach 2003 in die Arbeitslosenversicherung zu geben, um dort die Beitragssätze zu reduzieren. Man könnte damit aber auch gezielt arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, etwa die Förderung eines Niedriglohnssektors, finanzieren. Da hätte man einen sehr zielgenauen Effekt, der zusätzliche Arbeitsplätze bringt.

*Für die Industrie ist ein neues Klimaschutz-Instrument in der Debatte, der so genannte Emissionshandel. Von 2005 oder 2008 an sollen Unternehmen EU-weit CO<sub>2</sub>-Lizenzen an einer Börse kaufen und verkaufen können. Das soll den Klimaschutz verbilligen, weil die Einspar-Investitionen dort getätigt werden, wo sie am preiswertesten sind. Doch in Deutschland begehren große Konzerne auf.*

Das ist wie bei der Diskussion Anfang der 90er Jahre über die Ökosteuer. Die gleichen Konzerne, allen voran die BASF, die sie bekämpften, ziehen nun mit der gleichen Wucht gegen den Emissionshandel zu Felde. Sie dürfen sich nicht durchsetzen. Denn Deutschland würde sich doppelt selbst schädigen, wenn es sich ausklinkt. Der Emissionshandel ist erstens ein attraktives Instrument, um ökologisch zielgenau und kosteneffizient zu agieren. Zweitens kommt dieses Instrument sowieso - es ist im Kyoto-Protokoll

vorgesehen, die EU-Kommission will es, und mehrere EU-Mitgliedsstaaten, etwa Großbritannien, haben es schon eingeführt. Machen wir da nicht mit, werden wir ab 2008 Emissionshandel nach Regeln betreiben, die andere festlegen. Mit einer Blockadehaltung wäre Deutschland sehr schlecht beraten (Frankfurter Rundschau, 27.12.01).

### ***Ökosteuer-Streit zwischen EU-Kommission und der Bundesregierung***

Aufgrund der Kritik von EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti an den großzügigen Ökosteuer-Ermäßigungen für die deutsche Industrie geriet die Ökosteuer in den letzten Wochen in die Schlagzeilen. Monti drohte, die Ende März 2002 auslaufende Genehmigung nicht zu verlängern. Nach mehreren Gesprächen konnten Bundesfinanzminister Hans Eichel und Monti eine grundsätzliche Einigung erzielen, die die von der Bundesregierung gewünschte Verlängerung der Steuererleichterungen für die deutsche Industrie bis 2012 vorsieht. So hat Eichel zugesagt, die von Monti geforderten Sanktionen gegen die deutsche Industrie bei Nichterfüllung von Klimazielen als Gegenleistung gesetzlich zu verankern.

Eine Pressemitteilung des FÖS und eine Presseschau der Entwicklung in den letzten Wochen finden Sie in den folgenden Artikeln:

### ***Ökosteuer: Sonderregelungen schrittweise abbauen!***

Zur Diskussion der Ökosteuer-Sonderregelungen zwischen Bundesregierung und EU erklärt der Münchner Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. (FÖS):

Die Initiative der Europäischen Kommission, die Sonderregelungen für die Industrie in der deutschen Ökosteuergesetzgebung in Frage zu stellen, wird vom FÖS grundsätzlich begrüßt. Steuererleichterungen für einzelne wirtschaftliche Sektoren widersprechen dem eigentlichen Ziel der Steuerreform, nämlich zu einem bewussteren und eingeschränkten Umgang mit Energie anzuleiten. Eine pauschale Verlängerung dieser Regelung für weitere 10 Jahre wäre daher nicht im Sinne der Energieeinsparung. Sie widerspräche auch dem Grundsatz des Subventionabbaus.

Durch die Ausnahmeregelungen der Ökologischen Steuerreform ergeben sich steigende volkswirtschaftliche Subventionen. Lagen diese 1999 noch bei 1,8 Mrd. €, so werden sie im Jahr 2002 rund 4,6 Mrd. € ausmachen. Davon wird mit 3,9 Mrd. € der Großteil der Wirtschaft zugute kommen.

Um Wettbewerbsnachteile für einzelne Branchen zu verhindern, plädiert der FÖS für eine schrittweise und behutsame Abschaffung der meisten Steuererleichterungen für die Industrie.

Die besonderen Steuererleichterungen für besonders energieintensive Unternehmen sind vom Ansatz her zu rechtfertigen, in der Ausführung aber bürokratisch und problematisch gestaltet. Eine vernünftige Fortentwicklung könnte darin bestehen, dass höhere Steuererleichterungen auch durch höhere Einsparleistungen „verdient“ werden müssen. Konkret könnte dies bedeuten, dass Ökosteuernachlässe, die über die ohnehin schon großzügige Sonderregelung für die Industrie hinausgehen (nur 20 Prozent der für Verbraucher geltenden Steuersätze), erst bei Nachweis gewährt werden. Um diesen Nachweis zu erbringen, müssten sich die Unternehmen einem sogenannten Energieaudit unterziehen, bei dem festgestellt wird, ob das Unternehmen auch beim Energiesparen den jeweiligen Stand der Technik ausschöpft. Viele Unternehmen haben angesichts der relativ hohen Ölpreise im Jahr 2000 ohnehin bereits mit ähnlichen Maßnahmen begonnen.

Der Vorsitzende des FÖS, Dr. Anselm Görres erklärte: „Aus Sicht der Natur macht es keinerlei Unterschied, ob Energieverbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen in Privathäusern, Büros oder Fabriken entstehen. Daher darf es auf Dauer auch keine steuerliche Bevorzugung bestimmter Energieverbräuche oder Energieverbraucher geben. Ökosteuern sind ihrer Natur nach diskriminierungsfreie Abgaben, so sehr dies deutsche Steuerpolitiker mit ihrer Leidenschaft für vielerlei Ausnahmeregelungen auch bedauern mögen.“ (München, 21.12.01).

### ***Streit über Industrieausnahmen bei Ökosteuer mit Brüssel weitgehend beigelegt***

Berlin erwartet noch in diesem Jahr eine endgültige Einigung mit der EU-Kommission im Ökosteuer-Streit. Bei diesem Konflikt geht es um Vergünstigungen für die deutsche Industrie bei der Erhebung der Umwelt-Abgabe. Nach dreistündigen Verhandlungen mit Wettbewerbskommissar Mario Monti verkündete

Bundesfinanzminister Hans Eichel, Brüssel werde "die ganz große Zahl der Ausnahmetatbestände bei der Ökosteuer" genehmigen. Die Kommission bestätigte, es habe eine "Grundsatzeinigung" gegeben; es existiere jedoch noch "Klärungsbedarf".

Hintergrund der Auseinandersetzung ist, dass die Kommission sich bislang weigert, ihre Genehmigung für das Ökosteuergesetz über den 31. März kommenden Jahres hinaus zu verlängern. Monti beanstandet, dass gerade die energieintensiven Unternehmen des produzierenden Gewerbes lediglich 20 Prozent des Regelsteuersatzes entrichten müssen. Der von Berlin beantragten zehnjährigen Fortschreibung des Gesetzes könne nur dann stattgegeben werden, wenn die Bundesregierung einen verbindlichen "Sanktionsmechanismus" für den Fall einer Nicht-Einhaltung von Umweltzielen beschließe, so Montis bisherige Position.

Nach Darstellung Eichels ist die Kommission nunmehr bereit, die Ausnahmeregelungen zugunsten der Industrie bei der Mineralöl- und Strombesteuerung "uneingeschränkt bis zum Jahr 2012" zu erlauben. Von diesem Brüsseler Plazet seien "96 Prozent" des gesamten Ökosteuer-Aufkommens betroffen: Die Vergünstigungen für das produzierende Gewerbe betragen somit im laufenden Jahr 5,8 Milliarden Mark und würden 2003 ein Volumen von 7,6 Milliarden Mark erreichen.

Noch nicht einig sei man sich in der Frage des "Spitzenausgleichs", räumt Eichel ein. Dieser Mechanismus sieht eine völlige Steuerbefreiung für die Industrie vor, wenn deren Belastung durch die Öko-Abgaben die Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen übersteigt.

Die Gretchenfrage, ob Berlin bereit sei, den von Monti geforderten Sanktionsmechanismus bindend in die Ökosteuerregelung einzubauen, blockte Eichel gestern ab. Sein Kabinettskollege Jürgen Trittin hatte dies noch am Mittwoch in Brüssel ausdrücklich bestätigt und angekündigt, es werde zum Thema Klimaschutzverpflichtung "ein Gesetz geben". "Herr Trittin führt nicht die Verhandlungen", stellte Eichel in Brüssel unmissverständlich klar (Michael Bergius, Frankfurter Rundschau, 15.12.01).

### ***Trittin geht bei Ökosteuer auf Bedenken der EU ein***

Die Bundesregierung ist bereit, die deutsche Ökosteuer-Regelung im Sinne wettbewerbsrechtlicher Bedenken der EU-Kommission anzupassen. Als erstes Kabinettsmitglied kündigte Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne) am Mittwoch offiziell an, es werde "ein Gesetz geben", durch das die Vorbehalte Brüssels gegenüber zu großzügigen Steuervergünstigungen zu Gunsten energieintensiver Unternehmen ausgeräumt werden könnten.

Wettbewerbskommissar Mario Monti widersetzt sich bislang der Berliner Forderung, die Ökosteuer-Praxis in ihrer bestehenden Form über das Frühjahr 2002 hinaus zu genehmigen. Er verlangt, dass im Gegenzug zu Steuernachlässen in Höhe von 80 Prozent die deutsche Industrie auf Klimaschutzziele verpflichtet werden soll, die bei Nichterfüllung staatlich "sanktioniert" werden können. Die Regierung sei bereit, diese Auflage "in eine juristisch verbindliche Form zu gießen", sagte Trittin.

Berlin plant dem Vernehmen nach, Steuervergünstigungen künftig in dem Maß zu streichen, wie die begünstigten Unternehmen ihren Klimaverpflichtungen nicht gerecht werden (Michael Bergius, Frankfurter Rundschau, 15.12.01).

### ***Streit um den Rabatt***

Hans-Olaf Henkel, Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und Intimfeind von Greenpeace, war bisher immer ganz vorne mit dabei, wenn es galt, gegen die rot-grüne Ökosteuer zu Felde zu ziehen. Die Abgabe auf den Energieverbrauch sei "ein Blödsinn" und "weder öko noch logisch", erzählte der wegen seiner undiplomatischen Wortwahl bei Talkshows gern gesehene Gast seinen Zuhörern mit Verve. "Diese Steuer wird irgendwann wieder fallen, weil sie niemandem nutzt", so das Credo des streitbaren Lobbyisten.

Henkel irrt, weshalb ihm nun das schier Unglaubliche widerfährt: Er muss mit ansehen, wie ausgerechnet BDI-Mannen die Ökosteuer verteidigen - gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Finanzminister Hans Eichel und gegen die Bedenken von Mario Monti. Der europäische Wettbewerbskommissar hat kürzlich sein Unbehagen an der deutschen Ökosteuer zu Protokoll gegeben, was die Unionsfraktion im Bundestag bereits das Ende der verteufelten "K.-o.-Steuer" wittern ließ.

Mitnichten. Monti habe nichts gegen die Abgabe "an sich", sagt sein Sprecher Michael Tscherny. Ihn störe allerdings, dass die hiesige Industrie weitgehend unbehelligt davonkommt - selbst dann, wenn die Wirtschaft ihre freiwillig zugesagten Klimaschutzversprechen verfehlen sollte.

Tatsächlich hat Rot-Grün, um die Wirtschaft vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb zu verschonen, das produzierende Gewerbe bei der ökologischen Steuerreform mit Samthandschuhen angefasst. Während Autofahrer, Mieter und Eigenheimbesitzer die ungeliebte Abgabe in voller Höhe zahlen müssen, erlässt der Fiskus den Industrieunternehmen pauschal 80 Prozent des regulären Steuersatzes auf Strom, Heizöl und Gas. Damit nicht genug: Um die Schonung der Betriebe wirklich wasserdicht zu machen, sorgt ein komplizierter Mechanismus namens Spitzenausgleich dafür, dass die Betriebe bereits gezahlte Ökosteuern fast vollständig zurückerhalten. Voraussetzung: Die Belastung durch die Energieabgabe muss die Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen um 20 Prozent übersteigen. Nach der Devise, umweltschädlichen Energieverbrauch zwar teurer, Arbeit aber billiger zu machen, fließt das Aufkommen der Ökosteuer in die Rentenkasse, wodurch für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber die Beitragssätze sinken.

Unterm Strich sind die Be- und Entlastungseffekte aber nach Erkenntnissen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) höchst unterschiedlich. Während die privaten Haushalte durch die ökologische Steuerreform mit mehr als 3 Milliarden Mark netto belastet werden, wenn im Jahr 2003 die fünfte Stufe der Ökosteuersätze gezündet ist, spart die Industrie, dank der opulenten Ausnahmen, sogar stattliche 1,7 Milliarden Mark dadurch. Der Grund: Die Betriebe kommen zwar voll in den Genuss sinkender Rentenversicherungsbeiträge, müssen aber selbst kaum Ökosteuer zahlen.

Würden sämtliche Ausnahmen gestrichen, sähe die Welt ganz anders aus. Nach dem RWI-Kalkül stiege nicht nur das Ökosteueraufkommen im Jahr 2003 von 32 auf gut 43 Milliarden Mark; während die Haushalte dann mit einem kleinen Plus aus der Operation Ökosteuer herauskämen, würde das verarbeitende Gewerbe mit rund 4,7 Milliarden Mark belastet.

Würde. Löchrige Paragrafen haben stattdessen die Ökosteuer zu einer Quelle stattlicher Steuergeschenke werden lassen: Laut Subventionsbericht beträgt der Einnahmeausfall aufgrund der Ausnahmen bereits in diesem Jahr rund acht Milliarden Mark; das meiste davon bleibt in den Kassen der Industriebetriebe. Gutachter bescheinigen der rot-grünen Regierung zwar schon seit längerem, dass wegen der "unzweckmäßigen Sonderregelungen" zugunsten des produzierenden Gewerbes der mit der Ökosteuer bezweckte Lenkungsimpuls regelrecht "verpufft"; Reformbemühungen löste die akademische Kritik bisher indes nicht aus. Angesichts der miesen Wirtschaftslage ist die Neigung dazu jetzt sogar weniger ausgeprägt denn je.

Gleichwohl muss die Regierung handeln, wenn sie ihre Ökosteuer retten will. Zwar heißt es in einem druckfrischen Gutachten des Kölner Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts (FiFo), dass allein die Ökosteuer (ohne die parallele Senkung der Rentenversicherungsbeiträge) "kein Unternehmen geringer mit Kosten belastet, als dies vor Einführung der Steuer der Fall war"; es gebe deshalb "keine Wettbewerbsproblematik". Monti hingegen sieht in den Rabatten eine Beihilfe. Vor drei Jahren hatte der Wettbewerbshüter sie nur bis Ende März 2002 genehmigt. Jetzt sträubt er sich, dem Berliner Begehren nachzukommen und die Ausnahmen für weitere zehn Jahre durchzuwinken.

Monti will sich aber weder als Killer der Konjunktur noch als Totengräber der Ökosteuer betätigen. Ihn stört, dass die hiesige Industrie auf jeden Fall in den Genuss der steuerlichen Vorzugsbehandlung kommt - unabhängig davon, ob sie ihre freiwillig abgegebenen Klimaschutzversprechen einhält. Die haben der BDI und einige andere Verbände vor einem Jahr mit der Bundesregierung ausgehandelt. Die Wirtschaft sagte damals zu, ihre klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen bis 2005 im Vergleich zu 1990 freiwillig um 28 Prozent zu vermindern - während Rot-Grün im Gegenzug versprach, "bei der Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform im internationalen Vergleich keine Wettbewerbsnachteile entstehen" zu lassen. Allerdings fehlt der "Selbstverpflichtungserklärung" ein Sanktionsmechanismus für den Fall der Zielverfehlung: Es könnte beispielsweise, heißt es in Brüssel, der Hinweis sein, dass die Rabatte ausgesetzt werden, wenn die Industrie ihre Zusagen nicht einhält - ein Federstrich, mit dem die Wirtschaft gut leben könnte. Von den bis 2005 versprochenen 28 Prozent CO<sub>2</sub>-Minderung hat sie bereits 23 Prozent geschafft.

Monti ließ übrigens bereits im Frühjahr die britische *climate change levy* passieren. Die Klimaschutzabgabe



gewährt Unternehmen einen auf zehn Jahre angelegten Rabatt von 80 Prozent - genau das, was auch Rot-Grün will. Allerdings haben die Briten ihre Wohltat an den Nachweis von Emissionsminderungen gekoppelt (Kommentar von Fritz Vorholz, Die Zeit, 13.12.01).

### ***Bündnis 90/Die Grünen: Ökosteuer – Ermäßigte Steuersätze an ökologische Leistungen koppeln***

Zur Diskussion um die Sonderregelungen innerhalb der ökologischen Steuerreform erklären Reinhard Loske, umweltpolitischer Sprecher, und Christine Scheel, finanzpolitische Sprecherin:

Wir begrüßen das Drängen der Europäischen Kommission, die Sonderbehandlung des produzierenden Gewerbes innerhalb der ökologischen Steuerreform im Sinne des Klimaschutzes zielführender zu gestalten. Wir haben dies wiederholt gefordert. Eine pauschale Verlängerung des bestehenden Systems um 10 Jahre halten wir daher für wenig sinnvoll. Eine Neugestaltung muss allerdings sorgfältig vorbereitet werden und kann daher nicht im Schnellverfahren erfolgen. Als Zieljahr sollte 2004 angestrebt werden.

Die freiwillige Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft muss verbindlicher und mit konkreten Sanktionen verknüpft werden. Die Steuererleichterungen bei der Ökosteuer sollten an die Durchführung eines Energieaudits gekoppelt werden, um das Kostenbewusstsein weiter zu schärfen und vorhandene Einsparpotenziale aufzudecken.

Eine solche systematische Erfassung und Prüfung der Umweltsituation und Emissionen jedes Unternehmens dient auch der Vorbereitung auf den Emissionshandel, der ab 2005 in der EU eingeführt werden soll. Eine verbindliche Emissionsobergrenze ist mittelfristig die beste Gegenleistung für die Gewährung weitgehender Steuererleichterungen. Großbritannien hat ein solches Modell bereits erfolgreich eingeführt.

Wir gehen davon aus, dass sich die Bundesregierung in diesem Sinne mit Kommissar Monti auf eine vernünftige Neuregelung einigt (Pressemitteilung von Bündnis 90/Die Grünen, 12.12.01).

### ***Bündnis 90/Die Grünen: Ökosteuer weiterentwickeln***

Nach der Kritik von Monti an der Ökosteuer fordern Bündnis 90/Die Grünen erneut eine Weiterentwicklung der Ökosteuer. Bereits im Juli hatte der Parteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bedeutung der Ökosteuer als ein "modernes Instrument für Klimaschutz und Beschäftigung" hervorgehoben, das auch nach 2003 fortgesetzt werden müsse.

<http://www.gruene.de/aktuell/oekosteuer/texte/oekosteuer291101.htm>

### ***Unternehmen müssen mit Öko-Audit rechnen***

Eine Fortsetzung der Ausnahmeregelungen für die Industrie könnte Monti mit der Forderung nach einem Öko-Audit für Unternehmen verknüpfen. Vom BDI wird das Öko-Audit abgelehnt, auch wenn viele Betriebe es schon freiwillig durchführen (Tagesspiegel, 29.11.01).

<http://www2.tagesspiegel.de/archiv/2001/11/28/ak-wi-wi-559606.html>

### ***Die Ökosteuer muss wehtun***

Der EU-Kommissar für Wettbewerb kritisiert die Ausnahmen in der deutschen Ökosteuer für die Stromgroßverbraucher. Greift hier ein Wirtschaftsliberaler ein deutsches Umweltgesetz an? Ja. Aber in diesem Fall hat es - wenn überhaupt - positive Folgen für den Stromverbrauch und damit die Umwelt in Deutschland. Denn Kommissar Mario Monti sieht zu Recht eine unzulässige Bevorzugung jener Branchen, die nur 20 Prozent der Stromsteuer zahlen müssen. Vier Jahre Ausnahmeregelung sind genug, meint Monti.

Wirtschaftspolitisch haben die bisher geschonten Stromgroßverbraucher im produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft natürlich Recht: Sie trifft die Ökosteuer härter als kleinere Verbraucher und Privathaushalte. Deshalb ist eine Übergangsfrist nicht völlig absurd. Umweltpolitisch albern wird es allerdings, wenn die Industrie und mit ihr Wirtschaftsminister Werner Müller im Umkehrschluss behaupten, ohne dauerhafte Ausnahmeregelungen müsse die Ökosteuer geändert oder gar abgeschafft werden: Die Steuer ist ja gerade dazu da, um auf die Dauer wehzutun. Nur dann entfaltet sie ihre Lenkungswirkung; irgendwann müssen die großen Stromverbraucher eben in Sparmaßnahmen investieren.

Der Vorstoß von Herrn Monti wird trotzdem die Ökosteuer in Deutschland nicht viel weiterbringen. Denn die Bundesregierung, speziell Finanz- und Wirtschaftsministerium, werden schon einen Ausweg finden. Dafür sorgt der bekannt große Einfluss der Industrie in Regierungskreisen. Gestern Abend traf sich

beispielsweise Finanzminister Hans Eichel mit Monti, um Schlupflöcher zu finden, die mit dem EU-Wettbewerbsrecht konform sind. Das ist dann wieder schlecht für die Umwelt - was aber sowohl für den EU-Kommissar wie auch die SPD-Ministerien das weitaus kleinere Übel darstellen dürfte.

Bei all den Scharmützeln gerät völlig außer Sicht, dass die Ökosteuer eigentlich kontinuierlich erhöht werden müsste. Für Strom ebenso wie für Öl. Fast alle Experten stimmen zu, dass Steuern auf Arbeit niedriger, Steuern auf Rohstoffe jedoch höher sein dürften. Das muss nicht heißen, dass die Industrie in Billigstromländer ausweicht. Nur für die wenigsten ist der Energiepreis der entscheidende Standortfaktor. Und einige EU-Länder wie Großbritannien verteuern die Energie bereits stärker als Deutschland. Doch von einer Ausweitung der Ökosteuer ist nicht mehr die Rede - weil der Wahlkampf naht und SPD wie Grüne eine Benzinpreiskampagne der Opposition fürchten. Denn in Zeiten der Wirtschaftskrise muss die Regierung mit allen Mitteln um gute Stimmung kämpfen. Koste es die Umwelt, was es wolle (TAZ – Die Tageszeitung, 29.11.01, Abdruck mit freundlicher Genehmigung der TAZ).

### ***Das Kanzlerinterview: Eine Pkw-Maut ist nicht geplant***

Bundeskanzler Gerhard Schröder äußert sich im ADAC-Interview zu Plänen zur Pkw-Maut, der Neuauflage der Ökosteuer und zur Autokonjunktur.

**motorwelt:** *Herr Bundeskanzler, mit der Ökosteuer wollten Sie die Lohnnebenkosten senken. Für nächstes Jahr fällt die Senkung der Rentenbeiträge aber aus. Die Arbeitslosenzahlen sind eher düster. Die Pkw-Neuzulassungen in Deutschland sind um rund 20 Prozent eingebrochen. Es droht eine Rezession. Wollen Sie trotzdem am 1. Januar eine weitere Konjunkturbremse ziehen und die Ökosteuer um sechs Pfennig erhöhen?*

**Schröder:** Es ist eine falsche Behauptung, bei der Ökosteuer gehe es ums Abkassieren. Dieser Vorwurf schwingt auch in Ihrer Frage mit. Nein, worum es geht, ist folgendes:

Die Ökosteuer ist eine strategische Antwort auf die ökologischen Herausforderungen unserer Zeit. Niemand – auch die Autofahrer nicht – will, dass unsere Erde durch Umweltverschmutzung und Abgase zerstört und unbewohnbar wird. In unserem eigenen, vor allem aber im Interesse künftiger Generationen, also unserer Kinder und Enkel, sind wir alle gefordert, intelligente Lösungen zur Reduzierung von Klima- und Umweltverschmutzung zu finden. Dieser Aufgabe kann sich niemand entziehen. Hier sind wir alle gefordert und müssen alle einen Beitrag zu einer nachhaltigen Politik leisten, damit wir kommenden Generationen eine intakte und lebenswerte Umwelt hinterlassen.

Ein Ansatz ist: den Faktor Energieverbrauch in maßvollen und planbaren Schritten belasten und gleichzeitig den Faktor Arbeit entlasten. Diese Umschichtung ist richtig und stellt keine übermäßige Belastung der Autofahrer dar.

Ein Missverständnis bei Ökosteuer möchte ich ausräumen: Der Staat bereichert sich nicht. Vielmehr fließt das, was über diese Steuer eingenommen wird, über die Rentenversicherung an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Arbeitgeber zurück. Wir haben die Rentenbeiträge von 20,3 auf 19,1 Prozent gesenkt. Deshalb geht es an der Sache vorbei, hier von einer Konjunkturbremse zu reden.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Durch die Senkung der Lohnnebenkosten wird Beschäftigung gesichert und neu geschaffen. In den letzten drei Jahren sind 1,1 Millionen neue Jobs dazugekommen. Das hat auch etwas damit zu tun, dass unsere Politik planbar und verlässlich ist. Darauf vertrauen Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen. Deshalb wäre es gerade jetzt, wo wir eine vorübergehende Eintrübung der Konjunktur haben, falsch, von diesem Weg abzugehen.

**motorwelt:** *Im nächsten Jahr wird eine neue Bundesregierung gewählt. Wenn Sie wieder Bundeskanzler werden: Was passiert am 1. Januar 2003? Werden Sie die letzte Stufe der Ökosteuer-Erhöhung den Bürgern nochmals zumuten?*

**Schröder:** Ich habe eben die wichtige Rolle verlässlicher Politik für die wirtschaftliche Entwicklung erwähnt. Das gilt insbesondere für unsere Steuer- und Finanzpolitik. So haben wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die mittelständische Wirtschaft allein in diesem Jahr mit unserer Steuerreform um 45 Milliarden Mark entlastet. Es bleibt also dabei: Die letzte Stufe der Ökosteuer kommt zum 1. Januar 2003 – wie gesetzlich festgelegt.

**motorwelt:** *Immer vorausgesetzt, Sie werden wieder gewählt. Planen Sie ab 2004 eine Neuauflage der*

Ökosteuer oder verabschiedet eine von Ihnen geführte Bundesregierung sich endgültig davon?

**Schröder:** Eine Neuauflage ist nicht geplant.

**motorwelt:** *Deutschland, im Herzen der Europäischen Union gelegen, muss immer noch mehr Güterverkehr auf den Straßen verkraften. Das Verkehrsministerium erwartet bis zum Jahr 2015 rund 60 Prozent mehr Lkw-Verkehr. Wie kann auf unseren Autobahnen die individuelle Mobilität aufrechterhalten werden?*

**Schröder:** Wir müssen heute handeln und die Weichen für morgen stellen. Deswegen bauen wir die vorhandenen Verkehrswege aus. Wir verknüpfen die Verkehrsträger und nutzen die Vorteile intelligenter Verkehrsleitsysteme. Kooperation ist das zentrale Stichwort. Nur im Miteinander können wir den Verkehr von morgen meistern und Mobilität in Zukunft sichern.

**motorwelt:** *Ihr Verkehrsminister plant, Autobahnen von Privatinvestoren betreiben, d.h. zu 50 Prozent vorfinanzieren zu lassen. Die Lkw-Maut soll dann zur Refinanzierung an Bauindustrie und Banken fließen. Mit vergleichbaren Finanzierungsmodellen haben wir aber bisher schlechte Erfahrungen gemacht: Heute zahlen wir die hohen Zinsen für diese Projekte und das Geld fehlt an anderer Stelle. Private Finanzierung kommt den Steuerzahler langfristig viel teurer, als wenn der Bund gebaut hätte. Kann ein solches Modell die Zukunft des Straßenbaus sein?*

**Schröder:** Nein, und deshalb machen wir das auch nicht so. Wir wiederholen nicht die Fehler von früher. Wir belasten nicht den Straßenbau mit Zinszahlungen. Von diesen Lasten haben wir genug geerbt. Nach Minister Bodewigs Modell muss der Unternehmer, der ein Autobahnteilstück verbreitern will, das selbst auf die Beine stellen. Er erhält neben einer Anschubfinanzierung des Staates die Einnahmen aus der Lkw-Maut auf dieser Strecke.

Deshalb wird sich für ihn das Modell nur dann rechnen, wenn es sich um viel befahrene Autobahnen handelt. Und das sind auch die Projekte, die wir im Visier haben. Um es klar zu sagen: Der Anteil, den der Bund zuschießt, kommt aus dem normalen Straßenbauhaushalt wie bei allen anderen Bauvorhaben. Es ist jetzt Sache der Länder, der Bauindustrie und der Banken, die Idee von Minister Bodewig aufzugreifen.

**motorwelt:** *Wenn die Infrastruktur zur Erhebung der Lkw-Maut geschaffen ist, wäre es natürlich ein Einfaches, auch die Pkw-Fahrer zur Kasse zu bitten. Sagen Sie und klipp und klar: Kann und wird es mit Ihnen, egal wann, eine Maut für Pkw geben?*

**Schröder:** Um es deutlich zu sagen: Wir planen kein Pkw-Maut.

**motorwelt:** *Die Bahn bekommt sechs Milliarden aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen, damit sie endlich konkurrenzfähig wird und einen Teil des Zuwachses im Güterverkehr aufnehmen kann. Aber sie, so das Bild Ende 2001, ist nicht mal in der Lage, das Geld sinnvoll auszugeben. Zwei Milliarden konnte sie dieses Jahr nicht nutzen. Wir, als Vertreter von 14,4 Millionen ADAC-Mitgliedern, meinen, dieses Geld sollte kurzfristig für den Straßenbau eingesetzt werden.*

**Schröder:** Nur, damit es nicht in Vergessenheit gerät: Mit fast 11 Milliarden DM für die Bundesfernstraßen haben wir dieses Jahr einen Rekordhaushalt im Straßenbau. Das ist, da werden Sie mir zustimmen, kein Kleckerbetrag.

Im Übrigen: So wünschenswert es manchmal wäre, von einer Kasse in die andere umzuschichten – beim Haushalt geht das so einfach nicht.

**motorwelt:** *Sie werden in der Bevölkerung „Autokanzler“ genannt. Was wollen Sie tun, um die Binnennachfrage nach Pkw zu stärken und der heimischen Autoindustrie mittel- und langfristig zu helfen?*

**Schröder:** Die deutsche Automobilindustrie ist aufgrund ihrer ökonomischen Bedeutung und ihrer Innovationskraft eine Schlüsselbranche der deutschen Volkswirtschaft.

Trotz einer momentanen konjunkturellen Abschwächung schätze ich die Lage der deutschen Automobilindustrie nach wie vor als insgesamt positiv ein. Dies sieht übrigens der Verband der Automobilindustrie ebenso.

Nach einem Rekord-Umsatz in 2000 hat die Autoindustrie auch in diesem Jahr erneut beeindruckende Wachstumswahlen vorgelegt. In den ersten sechs Monaten des Jahres stieg der Umsatz um 12 Prozent im Vergleich zum ersten Halbjahr 2000. Für das Gesamtjahr 2001 erwartet der Verband abermals einen neuen Exportrekord. Und was die Entlastung der Verbraucher betrifft, da haben wir rechtzeitig wachstums- und

beschäftigungsfördernde Maßnahmen ergriffen. Hierzu gehören vor allem die Steuerreform sowie die im Sommer verabschiedete zweite Stufe der Familienförderung.

Folge ist: Sowohl Verbraucher als auch Unternehmen werden steuerlich spürbar entlastet. Damit wird der private Konsum gestärkt und werden Investitionen gefördert.

**motorwelt:** *Dazu Stichwort Euro: Werden deutsche Autofahrer in Zukunft verstärkt im Euroland Pkw kaufen und damit Steuer- und Preisunterschiede nutzen?*

**Schröder:** Mit der Einführung des Euro wird der europäische Binnenmarkt auch von der Währungsseite her vervollständigt. Er wird für Bürgerinnen und Bürger noch attraktiver. Wechselkursrisiken und Umtauschgebühren im innereuropäischen Handel fallen weg. Verbraucher und Unternehmen profitieren von mehr Preistransparenz und werden diese Möglichkeit zum Preisvergleich selbstverständlich nutzen. Dies ist gewollt, denn dadurch stärken wir den Wettbewerb – im Automobilbereich, aber auch in allen anderen Wirtschaftszweigen – und tragen so zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bei.

**motorwelt:** *Ihre Einschätzung des Marktes, auch unter dem Blickwinkel der Krisen im Nahen und Mittleren Osten: Müssen wir uns in Europa bald wieder auf stark steigende Kraftstoffpreise einstellen?*

**Schröder:** Der Preis für Mineralöl bewegt sich nach den Terrorattacken in den USA bei einem Wert von mittlerweile weniger als 20 US-Dollar pro Barrel Rohöl und liegt damit unterhalb des von der OPEC angesteuerten Korridors von 22 bis 28 US-Dollar pro Barrel. Im Zuge dieser Entwicklung sind auch die Kraftstoffpreise in Deutschland spürbar gefallen. Bis Ende des Jahres wird von Experten keine deutliche Steigerung der Rohöl- und Kraftstoffpreise erwartet.

**motorwelt:** *Wie hält es der Privatmann Schröder mit der Umwelt? Welche Kriterien wären für Sie beim privaten Autokauf wichtig?*

**Schröder:** Ich denke, beim Erwerb eines privaten Pks achten die meisten Käuferinnen und Käufer vor allem auf folgende Punkte: Ein Auto muss zuverlässig, sicher, familienfreundlich, praktisch und dabei möglichst wenig umweltbelastend sein. Genauso sehe ich das auch (ADAC-motorwelt 12/2001).

### **Bündnis 90/Die Grünen: Handeln für den Klimaschutz – Emissionshandel in Deutschland vorantreiben**

Im Positionspapier vom 26.11.2001 erklärt die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Der Klimawandel gehört zu den größten globalen Herausforderungen für die Menschheit. Klimaschutz muss im Zentrum der politischen Agenda der nächsten Jahre und Jahrzehnte stehen. Die Industrieländer haben hierbei eine besondere Verantwortung. Deutschland geht im Rahmen des EU-Burden-Sharing (bis 2008/2012 Reduzierung aller Kiotogase um 21 % gegenüber 1990) und mit dem nationalen Klimaschutzziel (bis 2005 Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 25 % gegenüber 1990) mit gutem Beispiel voran. Dafür wurden unter Rot-Grün bereits viele Maßnahmen beschlossen oder auf den Weg gebracht: die Ökologische Steuerreform, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien, das 100.000-Dächer-Programm für Fotovoltaik, das Altbausanierungsprogramm, die Energiesparverordnung, das KWKG-Gesetz, die Aufstockung der Investitionsmittel für die Bahn. - Die Zwischenbilanz der nationalen Klimapolitik ist positiv. Es bleibt aber noch viel zu tun, Klimaschutz ist eine Langfristaufgabe. Bis 2020 muss der Ausstoß von Treibhausgasen um 40% gesenkt werden. Daher bedarf es einer Weiterentwicklung und Verbesserung des klimapolitischen Instrumentariums.

Der Emissionshandel gewinnt in der klimapolitischen Debatte auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene zunehmend an Bedeutung. Das Klima-Protokoll von Kioto sieht den zwischenstaatlichen Handel mit Emissionsrechten ab 2008 vor. Die EU-Kommission hat am 23.10.01 einen Richtlinienentwurf vorgelegt, der die Einführung eines EU-weiten Handels für bestimmte Branchen bzw. Anlagen ab 2005 vorsieht. Großbritannien hat in diesem Jahr begonnen, den Emissionshandel auf Unternehmensebene einzuführen. Diverse andere Staaten bereiten eigene Systeme vor, einzelne Unternehmen wie BP oder Shell betätigen sich als Vorreiter. Die Bundesregierung hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die im Dialog mit der Industrie, den Umweltverbänden, den Bundesländern und Vertretern des Deutschen Bundestages unter Federführung des Bundesumweltministeriums ein nationales Emissionshandelssystem entwickeln soll.

Wir begrüßen diesen Dialog und den Richtlinienentwurf der EU ausdrücklich, denn der Handel mit Emissionslizenzen ist ein modernes Instrument zur Umsetzung klimapolitischer Ziele. Er verbindet

ökonomische Effizienz mit ökologischer Treffsicherheit. Investitionen zur Emissionsminderung können dort stattfinden, wo die Vermeidungskosten am niedrigsten sind. Die Einhaltung des umweltpolitischen Zieles ist prinzipiell gewährleistet. In der Debatte müssen aber die zwei Varianten des Emissionshandels unterschieden werden: Zum einen den zwischen Staaten, wie im Kioto-Protokoll vorgesehen; zum anderen den zwischen bzw. innerhalb von Unternehmen. Beide Varianten folgen dem gleichen Grundgedanken der Kosteneffizienz und Flexibilität, doch führen sie zu unterschiedlichen Merkmalen und Auswirkungen.

Die Sorgen der Kritiker eines internationalen Emissionshandels, die eine Aushöhlung nationaler Klimaschutzbemühungen befürchten, nehmen wir sehr ernst. Flexible Instrumente wie der Emissionshandel dürfen nicht dazu führen, dass klimapolitische Anstrengungen in den Industriestaaten unterbleiben. Hier kommt es insbesondere darauf an, die Einbeziehung von projektbasierten Emissionsminderungen (Joint Implementation, Clean Development Mechanism) an klare und verbindliche ökologische Kriterien zu binden. Es gilt, möglichst EU-weit, einen „goldenen Standard“ für die Anerkennung von projektbasierten Emissionsminderungen zu entwickeln.

Wir wollen, dass mit dem Emissionshandel auf Unternehmensebene ein weiteres Instrument für den nationalen Klimaschutz nutzbar gemacht wird. Unternehmen oder Branchen erhalten ein staatlich vorgegebenes Reduktionsziel in Form einer absoluten Emissionsobergrenze. Wie dieses Ziel erreicht wird, bleibt den Unternehmen überlassen – der Staat kümmert sich lediglich um die Schaffung der Rahmenbedingungen: d.h. Monitoring, Berichterstattung, Verifizierung und Sanktionen.

Voraussetzungen

Der Emissionshandel wird nicht automatisch seine ökologischen und ökonomischen Vorzüge zur Geltung bringen können. Dazu bedarf es der Erfüllung insbesondere dreier Voraussetzungen:

- Erstens: Der Staat muss angemessene Reduktionsziele in Form von absoluten Emissionsobergrenzen für den Ausstoß von Klimagasen festlegen. Die Zielsetzung sollte für Sektoren oder Branchen nach klaren Kriterien und in Übereinstimmung mit den Leitlinien des EU-Richtlinienentwurfes erfolgen, um eine bessere Übersicht über die Zielerreichung zu gewährleisten und um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.
- Zweitens: Der Markt muss ausreichend Liquidität und Wettbewerb aufweisen. Dies kann nur eine hinreichend große Zahl von Marktteilnehmern und damit von Zertifikaten gewährleisten. Auch Nichtemittenten (Broker, Umweltverbände) sollten am Handel teilnehmen dürfen.
- Drittens: Der Staat muss für Transparenz und glaubwürdige Überwachung sorgen, um das notwendige Vertrauen in den neu entstehenden Markt zu schaffen. Dafür ist ein konsequentes Kontroll- und Sanktionssystem unabdingbar.

#### Einbeziehung von Klimagasen

Grundsätzlich sollten alle Treibhausgase in ein Emissionshandelssystem einbezogen werden. Aufgrund der großen (Klima-)Bedeutung von CO<sub>2</sub> und der bestehenden Erfassungs- und Quantifizierungsprobleme bei anderen Gasen sollte allerdings zunächst nur mit CO<sub>2</sub> begonnen werden, die anderen Gase können schrittweise folgen, sobald die noch bestehenden Verifizierungs- und Monitoringprobleme gelöst sind. Der Emissionshandel erfolgt auf Basis der direkten Emissionen.

#### Teilnehmer

Der Emissionshandel sollte dort eingeführt werden, wo er die größten Effizienzgewinne verspricht, eine überschaubare und zugleich ausreichend hohe Zahl von Teilnehmern existiert und die Ökosteuer bisher nicht optimal zur Wirkung kommt. Dies trifft insbesondere auf die Industrie zu. Verkehr und Haushalte müssen auch künftig über andere Instrumente ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ein Downstream-Emissionshandel (auf der Ebene der Verbraucher) lässt sich in diesen Sektoren administrativ nicht bewältigen, ein Upstreamsystem (auf der Ebene der Mineralölproduzenten und Brennstoffimporteure) wäre in der Wirkung der Ökosteuer gleichzusetzen. Dennoch müssen auch für die Bereiche Verkehr und private Haushalte verbindliche absolute Emissionsziele definiert werden.

#### Freiwillig oder verpflichtend?

Um eine vernünftiges Ziel zu definieren und auch zu realisieren, ist grundsätzlich eine verpflichtende Teilnahme notwendig. Andernfalls ist es schwer möglich, die nötige Liquidität und Dynamik in den Markt zu bekommen. Eine Emissionsobergrenze und damit eine Gesamtmenge von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für den Sektor Industrie zu definieren, dann aber die Teilnahme freiwillig zu lassen, würde den Zweck und die Funktionsfähigkeit des Emissionshandels untergraben. Es würde eine zu große Zahl von Zertifikaten auf zu wenig Marktakteure stoßen und dadurch kein adäquates Marktgeschehen aufkommen. Auch das ökologische Ziel wäre auf diesem Weg nicht erreichbar.

Wir halten aber eine Einführungsphase für sinnvoll, in der ein Pilot- oder Simulationsprojekt auf freiwilliger Basis und mit begleitender Evaluierung durchgeführt werden könnte. Eine solche Testphase sollte nach intensiver Diskussion in der deutschen Emissionshandelsgruppe bereits vor 2005 beginnen. Spätestens ab 2008 kann nur ein verpflichtendes Emissionshandelssystem zu den gewünschten Wohlfahrts- und Umweltgewinnen führen.

#### Allokation der Emissionsrechte

Ein Kombinationsmodell ist am besten geeignet, die Vorteile einer Gratisverteilung (Grandfathering) und einer Auktion miteinander zu verbinden: Eine Basisausstattung erfolgt gratis, darüber hinaus benötigte Emissionszertifikate werden nach festen Regeln versteigert. Damit wird sowohl der Bestandsschutz gewahrt als auch ein frühes Preissignal gesetzt und die Transaktionskosten begrenzt. Darüber hinaus müssen Vorreiter über ein möglichst frühes Basisjahr und Newcomer angemessen berücksichtigt werden. Die Einnahmen einer Auktion müssen an die Teilnehmer so rückerstattet werden, dass dadurch der Anreiz zur Emissionsminderung nicht verringert wird.

#### Kombination der Instrumente

Eine sinnvolle Umweltpolitik kann nicht nur auf ein Instrument setzen, sondern braucht eine vernünftige Kombination vieler Maßnahmen. Dazu gehören neben dem Emissionshandel und der Ökologischen Steuerreform auch das Ordnungsrecht, Vergütungsmodelle, Förderprogramme als ökologisch produktive Subventionen, Selbstverpflichtungen sowie Informations- und Beratungskampagnen. Nur ein intelligenter Policy-Mix kann für eine optimale Klimapolitik sorgen. Wir brauchen ein vernünftiges Miteinander aller ökonomischen Anreizinstrumente der Umweltpolitik. Anreizorientierte, marktwirtschaftliche Instrumente müssen künftig eine noch größere Rolle spielen. Nur so kann dauerhaft und unabhängig von Haushaltsrestriktionen die ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft voran-getrieben werden. Anstatt die verschiedenen Maßnahmen gegeneinander auszuspielen, sollte man sie jeweils dort einsetzen, wo sie ihre individuellen Vorteile optimal zur Geltung bringen können.

Wir brauchen auch in Zukunft die Ökologische Steuerreform. Sie ist für die Bereiche private Haushalte und Verkehr mit vielen einzelnen Verbrauchern auf lange Sicht das sinnvollste und am effektivsten anwendbare Anreizinstrument. Sie muss daher konsequent weitergeführt werden. Wir brauchen ebenfalls langfristig weiter Förderprogramme und Einspeisesysteme wie das EEG – diese dürfen durch die Einführung neuer Instrumente nicht gefährdet werden. Der massive Ausbau von Zukunftstechnologien, die gegenwärtig noch keine eigenständige Marktreife erlangt haben, kann durch den Emissionshandel nicht ausreichend geleistet werden.

Der Emissionshandel wird künftig ohne Zweifel eine wichtige Rolle in der nationalen und internationalen Klimapolitik einnehmen. In Deutschland geht es zunächst darum, den nationalen Einstieg für dieses Instrument zu schaffen. Der Dialog in der Deutschen Emissionshandelsgruppe leistet hierfür wichtige Dienste und wird daher von uns wohlwollend begleitet und unterstützt. Auch der Richtlinienentwurf der EU-Kommission ist in diesem Zusammenhang sehr zu begrüßen.

Eine Kombination mit der freiwilligen Selbstverpflichtung der Industrie und der Ökologischen Steuerreform ist möglich. Zunächst könnte die Gewährung von Steuerermäßigungen an eine Emissionsobergrenze gekoppelt werden. Diese kann ausdrücklich auch durch die Teilnahme an einem Emissionshandelssystem erreicht werden. Ist dieses neue Instrument erfolgreich eingeführt und stellt es seine Funktionsfähigkeit unter Beweis, sollte es mittelfristig an die Stelle der freiwilligen Selbstverpflichtung und der Ökosteuer für die Industrie treten. Absolute Emissionsreduktionsziele und ein effizienter Emissionshandel sollten perspektivisch die Selbstverpflichtung und komplizierte Sonderregelungen im Rahmen der Ökosteuer

ersetzen. Es ist außerdem zu prüfen, ob für Anlagen, die vom Emissionshandel betroffen sind, bestimmte, auf CO<sub>2</sub>-Reduzierung bezogene ordnungsrechtliche Regulierungen aufgehoben oder modifiziert werden können.

Emissionshandel ist eine Chance für eine bessere und effizientere Klimaschutzpolitik. Seine Vorteile können aber nur genutzt werden, wenn die Rahmenbedingungen richtig gesetzt werden. Deutschland muss daher die Initiative ergreifen und die Entwicklung auf internationaler Ebene mitgestalten (Positionspapier der Bundestagsfraktion. Bündnis 90/Die Grünen, 26.11.01).

### ***Nach bleifrei kommt schwefelfrei***

Seit heute steht den Autofahrern an den Tankstellen flächendeckend schwefelarmer Sprit zur Verfügung. Gleichzeitig ist die Mineralölwirtschaft dabei, die bisherigen schwefelreichen Kraftstoffarten aus dem Angebot zu nehmen. Dieser Platzwechsel am Markt ist die erwünschte Folge der steuerlichen Förderung der schwefelarmen Kraftstoffe. Sie werden seit heute gegenüber dem herkömmlichen schwefelreichen Benzin und Diesel um drei Pfennige je Liter besser gestellt. Nach bleifrei kommt schwefelfrei. Für die Autofahrer ändert sich steuerlich nichts, die Umwelt aber profitiert erheblich: Aus dem Auspuff kommen weniger Schadstoffe. Und die Gesundheitsbelastungen aus dem Straßenverkehr nehmen ab, sagte Bundesumweltminister Jürgen Trittin.

Schwefelfreier Kraftstoff bietet zahlreiche Vorteile: Gegenüber den bislang gängigen Benzin- und Dieselsorten wird mit Schwefelfrei bei Katalysatorfahrzeugen eine Senkung von Vorläufersubstanzen für Sommersmog wie Stickoxide und flüchtige Kohlenwasserstoffe von durchschnittlich etwa 40 Prozent erzielt. Auch der Ausstoß an Rußpartikeln sinkt beim Diesel deutlich.

Vor allem jedoch sind die neuen Treibstoffe Voraussetzung für den Einsatz moderner, sparsamer Technik, wie direkt einspritzende Benzinmotoren und Rußfilter bei Dieselmotoren. So stehen u.a. Benzinmotoren vor der Einführung, die 20 Prozent weniger Sprit verbrauchen. Das 5-Liter-Auto kann damit endlich zum Standard werden, sagte Trittin. Er erwarte nun, dass die Automobilbranche ihren Widerstand gegen die Einführung des Partikelfilters beim Diesel aufgebe. Auch für Besitzer älterer Autos gibt es Vorteile. So erhöhen die neuen Kraftstoffe Wirksamkeit und Lebensdauer der Katalysatoren.

Deutschland ist bei der Einführung von schwefelfreiem Sprit Vorreiter in der EU. Nach einem Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission sollen die Mitgliedstaaten erst ab Januar 2005 schwefelfreie Otto- und Dieselmotoren flächendeckend zur Verfügung stellen (BMU-Pressedienst Nr. 222/01, Berlin, 01.November 2001).

### ***Riester besteht auf Erhöhung der Ökosteuer, um Rentenbeitrag zu stabilisieren***

Bundesarbeitsminister Walter Riester bleibt dabei, dass die Rentenbeiträge im nächsten Jahr nicht erhöht werden. An einer Anhebung der Ökosteuer will er aber festhalten (spiegel online 28.10.2001).

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,164945,00.html>

Beim Bundesfinanzministerium kann man die Entlastungswirkung der Ökosteuer für den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung nachlesen. Auch wenn sich der Beitragssatz 2002 „nur“ stabilisiert, läge dieser ohne die bisherigen Stufen der Ökosteuer 1,5 Prozentpunkte über dem aktuellen Satz. Da aufgrund der demografischen Entwicklung der Beitragssatz 2002 um 0,2 % gestiegen wäre, ist die Stabilisierung ein Verdienst der Ökosteuer.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Anlage9301/Die-Oekosteuer-Ein-Plus-fuer-Arbeit-und-Umwelt.pdf>

### ***Stromsteuerbefreiung für regenerative Energien?***

Bei oberflächlicher Betrachtung erscheint es in der Tat nicht recht nachvollziehbar: Nicht anders als fossiler und atomarer Strom, dem die Ökosteuer doch „eigentlich“ gelten sollte, wird auch „ökologisch korrekt“ erzeugter Regenerativstrom mit der Stromsteuer belastet. Die Umweltverbände fordern die Beseitigung des vermeintlichen Missstandes, die Opposition hat einen weiteren vermeintlichen Grund, um gegen die Absurdität des gesamten Ökosteuer-Konzeptes zu polemisieren, und selbst die Architekten und Protagonisten der ökologischen Steuerreform vermitteln den Eindruck, als sei die Steuerpflicht für Erneuerbare eine ungeliebte Kröte, die man der EU zuliebe schlucken musste, und als reduziere sich die

angestrebte „Weiterentwicklung“ der Ökologischen Steuerreform im Wesentlichen darauf, eine Stromsteuerbefreiung für Erneuerbare durchzusetzen.

Nehmen wir die Frage einer derartigen Steuerbefreiung also etwas genauer unter die Lupe. Als außerordentlich hilfreich erweist es sich dabei, das Problem erst einmal aus der langfristigen Perspektive zu betrachten und uns zu vergegenwärtigen, was unsere zentralen Ziele für die nächsten 50 Jahre sind:

- (1) die 100 % ige Umstellung unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien (EE) und
- (2) der ökologische Umbau unseres Wirtschafts- und Steuersystems.

Wie bereits in mehreren Solarbrief- Artikeln (SB 3/00, S. 15-20, SB 1/01, S. 24-27) ausführlich dargelegt, ergibt sich die Notwendigkeit der „ökologischen“ Steuerreform keinesfalls allein aus ökologischen Erwägungen; vielmehr erweisen sich wirtschaftliche und soziale Gründe als mindestens ebenso bedeutsam: Die eklatante Schieflage zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Energie (genauer: die Diskrepanz zwischen Faktorkostenanteilen und Produktionselastizitäten) erfordert zwingend eine weitgehende Verlagerung der gesamten Steuer- und Abgabenlast von der Arbeit hin zur Energie. Langfristig müssen die Staatsaufgaben wie auch die sozialen Sicherungssysteme zum größten Teil über Umweltsteuern finanziert werden, unter denen die Energiesteuern die bedeutsamste Rolle spielen werden. Und diese Steuerquelle wird sich angesichts der enormen Leistungsfähigkeit des Produktionsfaktors Energie als wesentlich ergiebiger erweisen als der Faktor Arbeit, der inzwischen gleichsam vor Erschöpfung schon dem Zusammenbruch nahe ist, wie wir anhand der Arbeitsmarktkrise wie auch der Krise der Renten- und Krankenversicherung täglich beobachten können.

Macht man sich diese Sichtweise zu eigen, so gibt es eigentlich keine Rechtfertigung für eine dauerhafte Steuerfreistellung der EE: Denn im Endzustand eines komplett regenerativen Energiesystems würde sonst ja auch die Besteuerungsgrundlage völlig entfallen. Argumentiert man (wie in den Anfangstagen der Ökosteuerdiskussion) rein ökologisch mit der Internalisierung der externen Kosten, dann wäre das zugegebenermaßen nicht einmal so tragisch: Bei dieser Betrachtungsweise würde die Ökosteuer lediglich die Reparatur der von den konventionellen Energien angerichteten Schäden finanzieren, wäre also nach deren vollständiger Ablösung entbehrlich (wenn man die relativ geringen externen Kosten der erneuerbaren Energien außer acht lässt). Ganz anders jedoch, wenn man die Schieflage zwischen Energie und Arbeit bedenkt, die ja unabhängig von der Art der Energieerzeugung (fossil-atomar oder regenerativ) ist: Unter diesem Blickwinkel muss auch in einer vollständig regenerativen Energiewirtschaft der Faktor Energie einen sehr wesentlichen Anteil an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und der Staatsaufgaben tragen, kann also keinesfalls von der Steuer befreit werden. Eine dauerhafte Ökosteuerbefreiung für Regenerative würde zur Inkompatibilität der beiden o.g. zentralen Ziele (1) und (2) führen.

Nun könnte man einwenden, diese Argumentation sei ja nur in der Langzeitperspektive relevant, für eine gewisse Übergangszeit sei daher eine Ökosteuerbefreiung für Erneuerbare durchaus gerechtfertigt, um deren Nachteile im Wettbewerb gegen Kohle und Atom etwas zu mildern. Die Frage, ob dieses Ziel mit einer derartigen Steuerbefreiung überhaupt erreicht werden kann, wollen wir für einen Augenblick zurückstellen; unabhängig davon lassen sich nämlich auch gegen eine vorläufige Freistellung mehrere Bedenken erheben:

1. Dadurch wird der Blick verstellt für die Möglichkeit und Notwendigkeit der VOLLSTÄNDIGEN Umstellung auf Erneuerbare, wenn wir ausgerechnet die Energieträger, die in einigen Jahrzehnten die Hauptstütze nicht nur unserer Energieversorgung, sondern auch unseres Steuersystems sein sollen, jetzt gewissermaßen „wegen Geringfügigkeit“ erst einmal freistellen; das würde es noch schwieriger machen, die im öffentlichen Bewusstsein vorherrschende Vorstellung einer lediglich „additiven“ Energie zu überwinden. Wer heute mit Nachdruck für eine Ökosteuerbefreiung für EE eintritt, muss sich daher durchaus die Frage stellen lassen, ob er die Idee der vollständigen Umstellung auf EE wirklich vollständig zu Ende gedacht hat bzw. sich dessen bewusst ist, welche Dimension der ökologische Umbau des Steuersystems tatsächlich annehmen muss.
2. Das System der Förderung der Erneuerbaren wird dadurch intransparenter: Aufgabe der Ökosteuer ist die Nivellierung der Schieflage zwischen Energie und Arbeit sowie die Internalisierung der externen Kosten, nicht aber die Durchsetzung der Regenerativen; hierfür steht mit dem Konzept der kostendeckenden Vergütung ein eigenes höchst wirkungsvolles Instrument zur Verfügung. Dies sollte



man möglichst klar auseinanderhalten, damit erkennbar bleibt, welches Element des Steuersystems welche Funktion hat. (Das ist keineswegs nur ein akademisches Problem, eine Frage der „Ästhetik“ des Steuersystems gewissermaßen: Vielmehr hat die mangelnde Akzeptanz unseres Steuersystems und das verbreitete Misstrauen gegenüber jedweder Änderung des Status Quo sicherlich auch und gerade damit zu tun, dass Sinn und Berechtigung der einzelnen steuerlichen Regelungen für die meisten Menschen weitgehend im Unklaren bleiben und oft willkürlich wirken.)

3. Und schließlich ist es erfahrungsgemäß mit gewaltigen politischen Schwierigkeiten verbunden, eine - auch nur vorübergehende - steuerliche Begünstigung jemals wieder abzuschaffen. Man denke nur an die Subventionen und Steuerbefreiungen in der Landwirtschaft oder im Steinkohlebergbau.

Dennoch müssten wir diese eher prinzipiellen Einwände natürlich hinten anstellen, falls sich eine Befreiung von der Ökosteuer als notwendig oder auch nur zweckdienlich für den Durchbruch der EE erweisen sollte. In der Tat gibt es Situationen, in denen dies der Fall ist - jedenfalls solange keine besseren Förderinstrumente zur Verfügung stehen, man denke beispielsweise an die Förderung von Biokraftstoffen durch eine Befreiung von der Mineralölsteuer.

Im Bereich der Stromerzeugung hingegen ist eine Ökosteuerfreistellung für EE gegenüber dem Konzept kostendeckender Vergütungen nicht nur eindeutig unterlegen, sie erweist sich sogar als mit letzterem geradezu unvereinbar:

Um dies einzusehen, müssen wir uns zunächst vergegenwärtigen, durch welchen konkreten Wirkungsmechanismus eine Steuerbefreiung die EE besserstellt: Sie bedeutet keinen direkten Vorteil für den Anlagenbetreiber, sondern macht es lediglich möglich, Regenerativstrom ein wenig billiger zu verkaufen. Sie fördert den Verbrauch von Regenerativstrom und nicht etwa die Erzeugung. Damit lassen sich praktisch alle Einwände und Bedenken, die der SFV wiederholt gegen den Ökostromhandel vorgebracht hat (vgl. z.B. SB 3/

00, S. 13-14 und SB 5/00, S. 18-20), unmittelbar übertragen. Welch zahlreiche Missbrauchsmöglichkeiten (Stromwäsche etc.) ausgeschlossen werden müssten, ist ausführlich in einem Artikel von Ralf Bischof in SB 2/00, S. 14f. dargestellt.

Noch gravierender aber ist, dass in dem im EEG verwirklichten System garantierter Mindestvergütungen ein Steuervorteil für Regenerativstrom zumindest in den nächsten Jahren in aller Regel gar nicht den Erneuerbaren zugute kommen, für die Betreiber keinerlei zusätzliche, über das EEG hinausgehende Förderung mit sich bringen würde: Stünde Regenerativstrom im direkten, schutzlosen Wettbewerb mit Kohle- und Atomstrom, dann könnte der Betreiber in der Tat Mehr Erlöse in Höhe der Steuervergünstigung erzielen. Er wäre aber dennoch schlechter gestellt als im heutigen EEG-System: In diesem liegen die gesetzlichen (Mindest-)Vergütungen mit gutem Grund derzeit noch deutlich über den Marktpreisen. Erst in dem Augenblick aber, in dem die Differenz zwischen den Vergütungen des EEG und den Erzeugungskosten konventioneller

Kraftwerke geringer wird als der Steuervorteil, kann der Anlagenbetreiber eine höhere Vergütung am Markt durchsetzen, erst ab hier kommt die Steuerbefreiung wirklich den EE zugute.

Davon kann heute offensichtlich noch keine Rede sein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (und wohl noch auf Jahre hinaus) würde - da die EEG-Mehrkosten ja im Zuge des bundesweiten Ausgleichs auf alle Stromkunden umgelegt werden - mit einer Steuerbefreiung für Erneuerbare lediglich eine allgemeine Strompreissenkung subventioniert.

Kurz gesagt: Entgegen weitverbreiteter Auffassung addieren sich die Wirkungen von EEG und Steuervorteil nicht! Das gilt übrigens auch für jene „ehrlichen“ Ökostromhändler, die die freiwilligen Mehrzahlungen für eine über den EEG-Standard hinausgehende Förderung verwenden und sich soweit wie möglich über den bundesweiten Ausgleich refinanzieren: Auch sie haben von der Steuerfreistellung zunächst keinen Wettbewerbsvorteil, bessergestellt würde ausgerechnet jener Ökostromhandel, bei dem die EEG-Mehrkosten aus dem allgemeinen Strompreis herausgenommen und einseitig auf die Ökostromkunden umgelegt werden.

Die Steuerbefreiung entfaltet ihre Wirksamkeit also im Gegensatz zur kostendeckenden Vergütung erst relativ spät (insbesondere bei der Photovoltaik!), erst „kurz vor“ Erreichen der Wirtschaftlichkeit – und

damit zu einem Zeitpunkt, zu dem man aufgrund der obigen längerfristigen Überlegungen allmählich schon wieder über eine Abschaffung der Steuerbefreiung nachdenken müsste! Der hauptsächliche Effekt wäre damit ein weitgehend kosmetischer: Man könnte ein wenig früher (vielleicht ein paar Jahre) auf die Festschreibung von Mindestvergütungssätzen verzichten. Möglicherweise geht es den Verfechtern einer Steuerbefreiung aber ja - bewusst oder unbewusst – gerade darum: das von den politischen Gegnern als interventionistisch angefeindete Konzept kostendeckender Vergütungen möglichst schnell durch vermeintlich marktkonformere (oder populärere bzw. leichter vermittelbare?) Instrumente wie z.B. Steuerbegünstigungen ersetzen zu können. Unter dem Aspekt der politischen Durchsetzbarkeit mag das zunächst als klug erscheinen, langfristig kann es sich jedoch leicht als kontraproduktiv erweisen: Den Siegeszug der EE beschleunigt es jetzt und in den nächsten Jahren in keiner Weise, eher im Gegenteil: Nach einer Stromsteuerbefreiung der EE würde es wohl noch schwerer werden, echte kostendeckende Vergütungen (insbesondere für die Photovoltaik) durchzusetzen, zumal gegen den Irrtum, dass sich die Wirkungen von EEG und Steuerbefreiung addierten und daher nunmehr niedrigere Vergütungssätze ausreichen, zweifellos nur sehr schwer anzukommen ist Eine Analyse von Jürgen Grahl (Solarbrief 3/01 des Solarenergie-Fördervereins).

### ***Bündnis 90/Die Grünen: Subventionen im Steinkohlebergbau***

Im Juli 2002 läuft der EGKS-Vertrag (Europäische Gemeinschaft Kohle und Stahl) aus. Dieser Vertrag regelt unter anderem die Zulässigkeit der staatlichen Subventionen für die deutsche Steinkohle. Auch die deutschen Steinkohlesubventionen müssen dann, wie alle anderen Beihilfen, jährlich von der EU-Kommission genehmigt werden. In Deutschland sind die Höhe der Subventionen im Steinkohlekompromiss von 1997 festgelegt. Bis 2005 sollen die Steinkohlesubventionen stufenweise auf 5,2 Mrd. DM heruntergefahren werden.

Die EU-Kommission hat mit ihrem Grünbuch "Hin zu einer europäischen Versorgungssicherheit" vom November 2000 einen guten Diskussionsanstoß zur zukünftigen Energieversorgung vorgelegt. Die Abhängigkeit der EU von Energieimporten wird auch in Zukunft weiter zunehmen. Wir begrüßen es daher, dass in dem Grünbuch die Energieeinsparung und der Ausbau der erneuerbaren Energien eine wichtige Rolle spielen. Deutschland wird sich als Vorreiter auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien an dieser Diskussion aktiv beteiligen.

Weltweit wird mittelfristig die Kohle ein wichtiger Energieträger sein. Dies gilt insbesondere für Länder wie China, dass selbst über kein Gas, wohl aber über Kohlevorräte verfügen. Deshalb ist es für den Innovationsstandort Deutschland bedeutsam, dass moderne Kohlekraftwerkstechniken entwickelt und exportiert werden. Dafür ist jedoch kein heimischer Steinkohlebergbau nötig, denn hier handelt es sich um Untertagebergbau, im Gegensatz zu Ländern, die Kohle wirtschaftlich im Tagebergbau fördern.

Die Subventionen für den Steinkohlebergbau belasten die Haushalte sehr stark, von 10 Mrd. DM im Jahr 1998 bis zu 5,2 Mrd. DM für das Jahr 2005. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist das eine sehr hohe Belastung.

Vor diesem Hintergrund beschließt die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Subventionen für die deutschen Steinkohle:

Die Umsetzung der deutschen Kohlevereinbarung von 1997 muss wie vereinbart mit einer sozialverträglichen Anpassung der Kapazitäten bis 2005 erfolgen. Sie muss auch auf europäischer Ebene abgesichert werden.

Einen beihilfefreien nationalen Sockel für heimische Energieträger, insbesondere unter Einbeziehung erneuerbare Energien, lehnen wir ab. Die Versorgungssicherheit mit Kohle ist nicht gefährdet. Förderländer wie die USA und Australien bieten ausreichende politische Stabilität. Der deutsche Steinkohlebergbau würde von einem Sockel nicht profitieren. Die Diskussion um das Grünbuch zeigt, dass die EU-Kommission an einen europaweiten Versorgungssockel, nicht nationalen Steinkohlesockel, denkt. Davon betroffen wären die Zechen, die in der EU am preiswertesten Kohle fördern.

Ab 2005 sollte der deutsche Steinkohlebergbau weiter schrittweise sozialverträglich zurückgeführt werden. Wir unterstützen insoweit den Vorschlag der EU zum Auslaufen der deutschen Steinkohlesubventionen bis

zum Jahr 2010, da er einen Gleitflug aus der Steinkohle bedeutet.

Die Versorgungssicherheit Deutschlands kann am besten durch weitere konsequente Schritte für den Ausbau der erneuerbaren Energien, weitere Energieeinsparung und effizientere Nutzung der fossilen Rohstoffe gewährleistet werden (Beschluss der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.07.2001).

### 3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL

#### *EU-Energiesteuerharmonisierung macht kaum Fortschritte*

Auf der letzten Tagung des ECOFIN-Rates am 13.12.01 wurde deutlich, dass eine EU-Energiesteuerharmonisierung kaum Fortschritte macht. Die Forderungen und Standpunkte der unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten nach wie vor kontrovers sind.

- Spanien, Griechenland, Portugal, Irland und Großbritannien möchten eine kurzfristig anzuberaumende Diskussion über Mindeststeuersätze mit kurzfristigen Fortschritten bei der Energiemarktliberalisierung verknüpfen. Deutschland, Frankreich und Finnland lehnen dies ab.
- Großbritannien und Irland verlangen eine explizite Ausnahme ihrer privaten Haushalte von der Energiesteuer. Deutschland, Österreich und die Europäische Kommission halten es für paradox, Ausnahmen festzulegen, ohne dass überhaupt über höhere Mindeststeuersätze gesprochen wurde. Griechenland wiederum möchte die privaten Haushalte aufgrund seiner „Insellage“ ausnehmen. Spanien hingegen fordert, Erdgas von der Energiesteuer zu befreien.
- Während Deutschland und Finnland für eine Auslotung der Chancen und Risiken einer verstärkten Zusammenarbeit plädieren, sprechen sich Spanien, Portugal, Irland und Dänemark dagegen aus. Deutschland und die Niederlande verfolgen das Ziel, auf jeden Fall vor der EU-Erweiterung Ergebnisse zu erzielen, während Frankreich, Dänemark und Schweden gegen kurzfristige Resultate aus einer verstärkten Zusammenarbeit sind.
- Auch bei der steuerlichen Behandlung energieintensiver Industrien herrscht - trotz eines Grundkonsenses auf Arbeitsebene - erneut etwas Dissens.

Angesichts der zahlreichen Streitpunkte bleibt als Fazit, dass eine Einigung auch mit weiteren Verhandlungsrunden nicht zu erzielen ist. Derzeit bleibt lediglich die Möglichkeit der informellen Zusammenarbeit zwischen einzelnen Staaten.

Einen Hoffnungsschimmer gibt es gleichwohl: Der Druck der Kyoto-Verpflichtungen erfordert von den meisten Staaten aufgrund deren hohen Treibhausgas-Emissionen zusätzliche Maßnahmen. Wenn diese kosteneffizient sein sollen, stehen neben dem Emissionshandel Energiesteuern wieder auf der Agenda. Die Attraktivität dieses Konzepts (Ökologische Steuerreform) genügt offenbar trotz mehrfacher Dividenden nicht. Vielleicht ist ihre Effizienz und Wirksamkeit genau das Problem, weswegen sie sich keiner hohen Beliebtheit erfreut (eigener Bericht).

#### *Spanien erhöht überraschend Benzinststeuer*

In Spanien wird in den nächsten drei Jahren die Benzinststeuer um 17 % erhöht werden. Die Entscheidung kam überraschend, da die spanische Regierung bisher eine Politik der niedrigen Benzinpreise vertreten hat. Als Gründe werden zum Einen niedrigere Steuereinnahmen und zum Anderen der immer stärker werdende Druck der EU-Partner für eine EU-weite Harmonisierung der Benzinsteuern genannt. Offiziell fließen die Einnahmen an die Regionen zur Finanzierung des Gesundheitswesens. Spanien ist gegenwärtig weiter von den Kyoto-Vorgaben entfernt als jeder andere Staat in der EU (Environment Daily 1109, 23..11.01). Mehr dazu (englisch):

#### **Spain to hike fuel duties by 17%**

Spain's revenue minister Cristobal Montoro yesterday won the backing of a majority of regional governments to raise fuel duties by up to 17% over three years from 1 January. The estimated annual revenue

of euros 817m (SPta136bn) is to be ring-fenced for spending on health and the environment.

The rise will initially put four pesetas on the price of a litre of petrol, diesel, kerosene and bunker oil, and from September up to four pesetas more at the discretion of each autonomous region. Fuel duties currently stand at euros 0.37 per litre for petrol and euros 0.27 for diesel.

The move comes as something of a surprise given the Spanish government's longstanding policy of maintaining low levels of fuel duty and its opposition to all attempts to agree EU-wide minimum duties on energy products.

On the other hand, Spain is further away from meeting its target for limiting greenhouse gas emissions under the Kyoto protocol than any other EU country.

Álvaro Mazarrasa, director general of Spanish petroleum industry organisation AOP told Environment Daily he believed the decision was in part a response to a drop in government revenue caused by falling oil prices, but also "because of irresistible pressure from European partners to harmonise fuel duties".

There has been no official confirmation of any change in policy, however. A government spokesperson told Environment Daily that the decision "is not related to the effects of the combustion of hydrocarbons on air quality and public health".

Autonomous regional governments run by the opposition socialist party have said they will not apply the discretionary element of the tax rise. The party's economics spokesman Jordi Sevilla accused the government of "acting unthinkingly to increase government revenue in the face of recession".

**Follow-up:** [Spanish revenue ministry](#), tel: +4 91 595 8000; [AOP](#), tel: +34 91 579 4123.

### ***EUA unterstreicht Erfolge bei der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energiequellen***

Warum hat sich die Windenergie in Deutschland rascher durchgesetzt als in Großbritannien und die Energiegewinnung mit Sonnenkollektoren in Spanien schneller verbreitet als in Griechenland?

Ein neuer Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) zeigt die Faktoren auf, die den Erfolg von Projekten im Bereich erneuerbarer Energie beeinflussen können.

„Erneuerbare Energien: Erfolgsgeschichten“ soll die stärkere Nutzung regenerativer Energiequellen unterstützen und zu den Bemühungen der Europäischen Union sowie ihrer Mitgliedstaaten beitragen, die für 2010 gesetzten Zielvorgaben für eine erhöhte Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen zu erfüllen.

Im Mittelpunkt des Berichts steht die Frage, inwieweit es den einzelnen EU-Ländern zwischen 1993 und 1999 gelungen ist, Technologien zur Gewinnung regenerativer Energie - fotovoltaische Solaranlagen, thermische Solarheizung, Wind und bestimmte Nutzungen von Biomasse (Holz und Nutzpflanzen) – weitgehend zu nutzen.

Die Studie ermittelt die wesentlichen Erfolgselemente: politische, gesetzgeberische, fiskalische, finanzielle und administrative Unterstützung, technologische Entwicklung sowie Information, Aus- und Weiterbildung. Es wird gefolgert, dass der Schlüssel zum Erfolg in der kombinierten Wirkung von Unterstützungsmaßnahmen und weniger bei den Einzelfaktoren liegt. Die erfolgreichen Kombinationen variieren von einer Technologie zur anderen.

Bei den Erfolgsgeschichten geht es um die Verbreitung der thermischen Solarenergie und der Biomassefernhheizung in Österreich, Windenergie und Energiegewinnung aus Biomasse in Dänemark, thermische Solarenergie und Windenergie in Deutschland, Fotovoltaik und Windenergie in Spanien und Biomassefernhheizung in Schweden.

„Dieser Bericht trägt dazu bei, Lösungswege aufzuzeigen. Er zeugt von der Entschlossenheit der Europäischen Umweltagentur, nicht nur Informationen zur Unterstützung einer besseren Gestaltung der Politik bereitzustellen, sondern auch Informationen über „beste Praktiken“ für die beteiligten Akteure vor Ort zusammenzutragen und zu verbreiten“, sagte der Exekutivdirektor der EUA, Domingo Jiménez-Beltrán.

„Die Studie schafft darüber hinaus einen Rahmen, der von anderen zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Berichterstattung über Erfolge verwendet werden kann“, fügte Herr Jiménez-Beltrán hinzu. „Ich hoffe, sie legt den Grundstein zur Schaffung eines Umschlagplatzes für den Austausch von Erfahrungen, wie erneuerbare Energien auf vielen Ebenen – von der nationalen bis zur lokalen - optimal gefördert werden

können.“

Der Bericht wurde gestern auf einer Sitzung des Europäischen Forums für erneuerbare Energiequellen (European Forum for Renewable Energy Sources, EUROFORES) und des Europäischen Rates für erneuerbare Energien (European Renewable Energy Council, EREC) im Europäischen Parlament in Brüssel vorgestellt.

Die Studie kann kapitelweise von der Website der EUA unter der Adresse [http://reports.eea.eu.int/environmental\\_issue\\_report\\_2001\\_27/en/](http://reports.eea.eu.int/environmental_issue_report_2001_27/en/) heruntergeladen werden (EUA, Kopenhagen 06.12.01).

Trends bei der Verbreitung erneuerbarer Energien 1993-1999

Technologie: Auswahlkriterien (s. Anmerkung 1):	Fotovoltaik	Thermische Solartechno- logie	Wind	Biomasse: Energiegewin- nung	Biomasse: Fern- heizung (1993- 1998)	Biomasse: Biokraft- stoffe (s. Anmerkung 2)
Osterreich		links rechts			links rechts	links
Belgien					links rechts	
Dänemark			links rechts		links rechts	
Finnland				links rechts		
Frankreich					links rechts	links
Deutschland	links rechts	links rechts	links rechts		links rechts	links
Griechenland		links				
Irland					links rechts	
Italien					links rechts	links
Luxemburg						
Niederlande		links rechts				
Portugal				links rechts		
Spanien	links rechts		links rechts		links rechts	
Schweden				links rechts	links rechts	
Großbritannien						

Die Biomassefernheizung bezieht sich nur auf die Wärmeleistung von Wärmekraftwerken.

**Anmerkung 1: Es werden zwei Auswahlkriterien verwendet:**

- links (links) stellt einen absoluten Anteil von mindestens 10 % am EU-weiten Gesamtanstieg dar, 1993-1999;
- rechts (rechts) stellt einen prozentualen Anstieg dar, der über dem prozentualen Anstieg in der EU liegt, 1993-1999.

**Anmerkung 2: Nur Biokraftstoffe:**

links stellt die Mitgliedstaaten dar, die angeben, Biokraftstoffe einzusetzen (bei den meisten ist dies nicht der Fall).

Quelle: Eurostat.

**Kampagne des EEB zur Ökologischen Finanzreform**

Das EEB (European Environmental Bureau) startete Anfang Dezember eine für 18 Monate geplante Kampagne zur Ökologischen Finanzreform. Gefordert werden unter anderem eine kurzfristige Mindestenergiebesteuerung in der EU, bis 2010 eine Verlagerung von 10 % aller auf den Arbeitseinsatz erhobenen Steuern auf Naturverbrauch und mehr Energieeffizienz (Tax News Update Vol. 20, No. 10, 04.12.01). Mehr dazu (englisch):

**European Environmental Bureau Urges Green Pricing**

The European Environmental Bureau last week launched “Getting the Prices Right,” an 18-month campaign designed to push Europe towards environmental fiscal reform at both the EU and country levels. The campaign will attempt to build broad support for:

- a minimum 10 percent revenue-neutral shift from taxing labor to taxing natural resource use by 2010;
- removal of all environmentally harmful subsidies by 2005;

- financial incentives for environmental protection; and
- stronger energy-efficiency policies.

The EEB is also pushing for approval of the long-controversial minimum EU energy tax rates proposal. If the EU fails to reach agreement on energy tax rates, EEB Secretary-General John Hontelez said that countries should go forward on their own to coordinate environmental taxation outside EU structures (ENDS Environment Daily, November 27, 2001).

For more information, see the EEB website at <http://www.eeb.org/> or <http://www.ecotax.info/>.

### ***Pressemitteilung des EEB zum Start seiner Kampagne***

Zum Start seiner Kampagne veröffentlichte das EEB folgende Pressemitteilung. Mehr dazu (englisch) (EEB, Brüssel 27.11.01):

The EEB today launched a Europe-wide campaign on Environmental Fiscal Reform (EFR). EFR includes Environmental Taxation Reform (ETR), the removal of environmentally adverse subsidies, and fiscal incentives for environmental protection. Our concept of ETR includes the increase of environmental taxes and an equal cut in labour taxes. It is thus one of the main tools for moving towards sustainable development, through the internalisation of external costs and getting the prices right for the environment.

At the same time, ETR encourages employment, economic efficiency and innovation. The campaign is planned to run for one year and a half. It involves all EU Member States as well as Accession countries. A working group made up of EEB members and experts runs this campaign at both European and national level.

#### Campaign objectives :

- An additional minimum 10% shift in tax base from labour to natural resources by 2010, at EU and national level
- Removal of all environmentally adverse subsidies and of all subsidies that have a negative impact on the environment by 2005
- Energy saving and efficiency policies
- Fiscal incentives for environment protection

The fiscal neutrality of ETR produces a "double-dividend". Ecotaxes reduce pollution and the squandering of natural resources, while ecotax income goes towards a cut in labour taxes: thus ETR helps to improve the environment and employment. Part of the revenue can also be used towards social premiums for those who do not benefit from labour tax cuts. ETR is more efficient with a removal of environmentally adverse subsidies, energy efficiency measures and fiscal incentives for the environment. "Agricultural, energy and other subsidies are an additional source of price distortion. Such distortions of the tax system cancel the validity of our national accounts as a measure of national wealth," says Yannis Paleocrassas, former Greek Finance Minister, former EU Environment Commissioner and EEB campaign leader in Greece.

The Belgian EU Presidency is set to make what can be seen as the final attempts to get agreement on the 1997 Taxation of Energy Products directive proposal, which aims to establish a Community framework with minimum energy tax levels. We believe it is time to put pressure on governments and institutions to win a breakthrough after years of deadlock. "Energy taxation is one of the main tools for moving towards sustainable development and proper prices. It is time for the EU, with the Kyoto Protocol and the forthcoming Rio +10 Earth Summit, to show a real commitment to sustainability. We need an agreement on the energy taxation "Monti" proposal under the Belgian presidency," says EEB Secretary General John Hontelez.

Beyond the immediate EU agenda, the EEB will campaign for Environmental Fiscal Reform throughout Europe. "Tax levels have a direct impact on consumers' behaviour and on the allocation of resources. Our fiscal systems must be redirected towards more environmental protection, higher levels of employment and the promotion of environmentally responsible consumption" says John Hontelez. The EEB campaign will insist that adequate energy tax levels are indispensable in achieving real environmental impact.

Further Information:

For further information, please contact:

Sylvain Chevassus, EEB Environmental Taxation Reform project co-ordinator;

Tel: +32 2 289 1302; Email: <mailto:sylvain.chevassus@eeb.org>

European Environmental Bureau (EEB)

Federation of Environmental Citizens' Organisations

34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Brussels

Tel: +32 2 289 1090; Fax: +32 2 289 1099;

Email: <mailto:info@eeb.org>

EEB website: <http://www.eeb.org>

***Erneutes Nein zu Energiesteuern in der Schweiz***

Am 2. Dezember lehnten die Schweizer in einer Volksabstimmung zum vierten Mal die Einführung einer Energiesteuer ab. Die Schweizer Grünen wollten mit der Initiative „Lasst uns Energie statt Arbeit besteuern“ eine Steuer einführen, die den gleichen Ansatz wie die deutsche Ökosteuer verfolgt (Environment Daily 1115, 03.12.01). Mehr dazu (englisch):

**Fourth "no" to Swiss energy taxes**

Swiss voters yesterday rejected by 77% to 23% a proposal for a potentially massive new energy tax aimed at supporting most or all the country's social security costs. This is the fourth time in little over a year that the public has rejected popular initiatives for higher energy taxes.

Proposed by the Green party in 1996, the initiative "tax energy, not jobs" was aimed at introducing a new tax on all non-renewable energy plus all larger hydroelectricity stations. The Swiss government and parliament, plus business groups, all called for a "no" vote.

Opponents criticised the lack of a ceiling on the eventual size of the proposed energy tax, and the fact that it would affect hydropower, which contributes 60% of Swiss electricity, just when the sector is about to be liberalised.

The government said it still backed the idea of ecological tax reform, and remained committed to considering a tax on carbon dioxide (CO<sub>2</sub>) at the beginning of 2004 if current, voluntary efforts are not successful. It pledged before the end of 2003 to re-examine a range of possible environmental tax measures.

The Green party expressed disappointment at the vote, which it said followed a "strategy of sabotage" by opponents. Swiss business predicted that new energy taxes were now off the agenda at least until after the next general elections, due by autumn 2003.

***Schweden Vorreiter in Sachen Klima***

Schweden will die im Kyoto-Protokoll vorgegebenen Klimaziele unterschreiten, was ansonsten nur wenige andere EU-Staaten wie Deutschland oder Großbritannien anstreben. Um das zu erreichen sollen auch Ökosteuern eine Rolle spielen (Environment Daily 1114, 30.11.01). Lesen Sie mehr (englisch):

**Sweden strengthens climate ambitions**

The Swedish government yesterday unveiled draft legislation further strengthening its commitment to cut greenhouse gases beyond levels required under the Kyoto protocol and introducing new measures to achieve this. Several of the measures were announced in this autumn's draft budget statement.

Sweden will now aim for a 4% cut in emissions between 1990 and 2008-12, the government said, whereas it had previously been aiming for minus 2%. Its legal commitment under the Kyoto protocol is only to limit any increase in emissions to 4% above 1990 levels.

Environment minister Kjell Larsson said that the proposed legislation was further evidence that "Sweden is and will continue to be a world leader on environmental issues". The government felt it would be "wrong; environmentally, morally and economically" to exploit its Kyoto entitlement to a 4% rise in emissions.

Few other EU countries have voluntarily taken on climate targets tougher than their Kyoto commitments, in most cases because they have little hope of even reaching the official limits. However, the UK is aiming for a 20% cut in carbon dioxide (CO<sub>2</sub>) emissions by 2010, compared with its Kyoto target of 12.5%. Germany is

aiming for a 25% cut in CO<sub>2</sub> by 2005, compared with its Kyoto target of 21% by 2008-12.

Carbon sinks and flexible mechanisms will not be used in order to reach the target, the government also announced, though some "complementary" use of mechanisms such as emissions trading is not ruled out entirely after 2004.

In addition to ratification of the protocol itself, initial measures will include "a climate investment programme, information campaigns, alternative fuel strategies, instructions to government property agencies to increase energy efficiency and reduce dependency on fossil fuels, [and] green tax adjustments".

Also under consideration are the introduction of green certificates for alternative fuels and inclusion of carbon dioxide emissions in aviation (take-off and landing) surcharges. The impact of out-of-town shopping centres on transport patterns will be scrutinised, and economic penalties and incentives used more aggressively.

Additional legislation is not ruled out, while voluntary agreements are also to be encouraged and "sectoral responsibility will be developed so as to clarify which government authorities are responsible for climate policy in a given area, for example transport, industry, electricity and heating".

Greenpeace described the announcement as a "stumbling step in the right direction", urging the government to fully exclude the use of the Kyoto flexible mechanisms and not to sell CO<sub>2</sub> emission quotas to other countries.

\* In a related development, Norway plans to ratify the Kyoto protocol next spring, environment minister Børge Brende said yesterday.

### ***EuGH-Urteil: Ausnahmeregelungen der österreichischen Energiesteuer nicht EU-konform***

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass Ausnahmeregelungen bei nationalen Energiesteuern mit den Subventionsregelungen der EU in vereinbar sein müssen. Österreich hat bislang keine Billigung seiner Ausnahmeregelungen durch die Europäische Kommission beantragt (Environment Daily 1100, 12.11.01). Lesen Sie mehr (englisch):

#### **Key European court decision on energy taxes**

A judgement issued on Thursday by the European Court of Justice (ECJ) has thrown Austria's energy tax system into disarray and disappointed business leaders and policy-makers in other member states. It confirms that member states must gain approval under EU state aid rules if they wish to exempt whole industry sectors from energy tax measures. This is a lengthy process that several governments want to avoid.

At the heart of the judgement is its conclusion that Austria's energy tax rules under which energy-intensive manufacturers get automatic rebates should have been vetted by the European Commission. Austria failed to submit the rebate system for approval. Early indications suggest that the Commission would be likely to reject it as anti-competitive.

Denmark and Finland supported Austria in the case because they want to have more leeway to offer energy tax discounts or rebates to broad-based industry sectors that might otherwise suffer competitively. Both have similar rebate systems to Austria's, though both sought and gained state aid approval from the Commission before implementing them.

A Finnish official told Environment Daily that the ruling could act as a disincentive to member states that have not yet introduced an energy tax. "It's hard to see how [a member state] can be sure of being able to support manufacturers" and simultaneously tax energy, he said.

The ruling could also make countries that already have energy taxes hesitant about raising taxation levels for fear that the Commission would reject accompanying proposed exemptions for certain sectors, he added. Unpredictable outcomes and the time-consuming nature of the exemptions approvals process are also problems, he said.

Meanwhile, the Austrian industry federation (VOI) is concerned that domestic fall-out from the judgement will hit its members hard. If the current rebate system is rejected by the Commission, the Austrian government would probably gain approval only by retroactively offering similar tax breaks to about 100 higher-energy consuming service sector companies, VOI's Gerhard Haas told Environment Daily.

This would cut government revenue, thus increasing the pressure for a rise in the tax rate or a reduction in



the number of firms eligible for rebates, said Mr Haas. VOI supports the extension of rebates to service sector firms, but believes that the government shouldn't make business pay for its own failure to gain EU approval for the rebates system.

**Follow-up:** [ECJ](#), tel: +352 43031, and judgement in case [C-143/99](#); [Austrian finance ministry](#), tel: +43 1 514 330; [VOI](#), tel: + 43 1 711 352 910; European Commission [competition directorate](#), tel: +32 2 299 1111.

### ***Argentinische Regierung nimmt Kyoto-Klimaziele in Angriff***

Mit der Steuerbefreiung für Biodiesel ergreift die argentinische Regierung eine erste Maßnahme zur Erreichung der Klimaziele von Kyoto, auch wenn es selbst nicht zu den Industriestaaten zählt, die sich zu Maßnahmen verpflichtet haben (Tax News Update Vol. 20 No. 8, 20.11.01). Lesen Sie mehr (englisch) unter:

#### **Argentine Government Grants Biodiesel Tax Exemptions**

The Argentine government has issued a decree exempting biodiesel fuel from the fuel transfer tax for 10 years. But politicians and businesses anxious to develop a national biodiesel industry still believe more incentives are needed. The intent of the incentives is to help Argentina meet the goals set by the Kyoto accord on global warming. The government of the northern Argentine province of Chaco has proposed a more expansive set of incentives for biodiesel. That bill would exempt biodiesel production from provincial taxes for 15 years and mandate that official vehicles use biodiesel. Other proponents argue that encouraging the use of biodiesel, made from oilseeds of soybeans and sunflowers, would boost regional economies (Reuters, November 16, 2001).

### ***Jetzt kann das Kyoto-Protokoll ratifiziert werden, ab jetzt muss es nachgebessert werden***

Zum Ergebnis von COP7 in Marrakesch erklärte GERMANWATCH: Nach zähen, am Rand des Scheiterns stehenden Verhandlungen, wurden heute die notwendigen Regelungen verabschiedet, die eine Ratifizierung und ein Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls bis 2002 erlauben. GERMANWATCH ruft die Regierungen und Parlamente dazu auf, nun entschieden die Ratifizierung und Umsetzung des Kyoto-Protokolls voranzutreiben.

Bei den Verhandlungen in Marrakesch wurde das im Juli in Bonn vereinbarte Regime, das bei Nichterfüllung der Reduktionsziele in Kraft tritt, weiter ausgearbeitet. Die Erfüllung der Ziele als Voraussetzung, sich an den verschiedenen Formen des Emissionshandels zu beteiligen, blieb leider nur in abgeschwächter Form erhalten.

Bei der Behandlung von Wäldern und anderen Kohlenstoffsenken wurde erreicht, dass jährlich darüber berichtet werden muss. Wichtig ist auch, dass auf Vorschlag der G77-Staaten durchgesetzt wurde, dass die Senkenanrechnungen einen Extra-Namen (removal unit / RMU) erhalten haben, die sowohl politisch als auch was die Marktpreise betrifft, eine von Emissionsreduktionen unterschiedliche Bewertung nahelegen. Leider wurden die Berichtspflichten in der ersten Verhandlungsphase abgeschwächt und ihre Einhaltung gilt nicht automatisch als Zugangsvoraussetzung für die Teilnahme am Emissionshandel. Vor allem Kanada und Russland haben ihre starke Verhandlungsposition ausgenutzt, um die Integrität des Kyoto-Protokolls zu schwächen. "Das grenzte an Erpressung", kommentierte Klimaexperte Manfred Treber. Geradezu ein Skandal ist es, dass Russland 16 Mio Tonnen Kohlenstoff zusätzlicher Senken pro Jahr zugestanden wurden, da dieses bis zur letzten Minute drohte, sonst nicht zu ratifizieren. Ohne die Ratifizierung Russlands kann das Kyoto-Protokoll praktisch nicht in Kraft treten, solange die USA sich nicht an dem Prozess aktiv beteiligen.

Erfreulich hingegen ist, dass es gelang zu vereinbaren, dass der dritte IPCC-Report wissenschaftliche Grundlage des weiteren Verhandlungsprozesses sein soll.

Nicht zuletzt durch die intensiven Lobby-Aktivitäten von GERMANWATCH gelang es, dass ein bereits aus dem Gesetzestext verschwundener Passus, der die Transparenz sicher stellt, woher welche Zertifikate stammen, wieder aufgenommen wurde.

"Für Europa hat das Ergebnis vier Konsequenzen. Erstens sollten die Staaten so schnell wie möglich das Abkommen ratifizieren. Zweitens gilt es, die notwendigen Schritte - vor allem ein Emissionshandelsregime und eine beschleunigte Markteinführung für Erneuerbare Energieträger - zu beschließen. Drittens gilt es, an

einem Prozess zu arbeiten, der die Schlupflöcher des Kyoto-Protokolls, etwa die Nichtberücksichtigung des internationalen Flugverkehrs - verringert. Kyoto alleine hilft dem Klima nicht viel - es hilft erst, wenn es der erste Schritt hin zu einem ernsthaften Klimaschutz ist", kommentierte Klimakampagner Christoph Bals. Nach zehn Jahren der UN-Klimaverhandlungen treten diese damit in eine neue Phase. Nach zermürbenden Jahren der immer technischeren Verhandlungen werden jetzt wieder die großen politischen Fragen ins Zentrum rücken.

Weitere Informationen zum Klimagipfel: <http://www.germanwatch.org/rio/klimagipfel.htm> und unter <http://www.bmu.de> (→ Themen G-N → Klimaschutz → Internationale Klimapolitik → 7. Klimakonferenz)

## 4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER

### *Schwefelarme Kraftstoffe seit 01.11.01 steuerlich gefördert*

Das Bundesumweltministerium hat im Oktober eine neue Broschüre zum Thema „Schwefelarme Kraftstoffe“ herausgegeben. Darin geht es um die steuerliche Förderung, die Entwicklung der Emissionen, die Vorteile schwefelfreien Kraftstoffes und vieles mehr. Beziehen kann man die Broschüre aus dem Internet unter

<http://www.bmu.de> → Info-Material → neue Faltblätter / Broschüren

## 4.A AKTIVITÄTEN DES BUND

### *BUND-Beitrag zur Debatte über Ökosteuern-Ermäßigungen*

In der Debatte über die EU-Genehmigung der Ökosteuern-Ermäßigungen kritisierte der BUND die lange Beantragung der weitgehenden Ökosteuern-Ermäßigungen bis zum Jahr 2012. Der BUND fordert, dass der Nettobelastungsausgleich/Spitzenausgleich durch eine Härtefallklausel ersetzt werden soll. Die generelle Ermäßigung für das produzierende Gewerbe sollen zukünftig nur solche Unternehmen erhalten, die ab 2005 an einem verbindlichen CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystem teilnehmen.

Berlin, 29.11.01: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) begrüßt die Zusage von Bundesfinanzminister Hans Eichel gegenüber EU-Wettbewerbskommissar Mario Monti, die Ökosteuern-Ermäßigungen für das produzierende Gewerbe schrittweise abzubauen. Allerdings habe die Bundesregierung dies schon 1999 bei der Einführung der Ökosteuern angekündigt - und bisher versäumt. "Wieder einmal muss die Bundesregierung von der EU zum Jagen getragen werden. Hans Eichel muss jetzt Klarheit schaffen und die Ökosteuern-Ermäßigungen nach 2003 auslaufen lassen," erklärte der BUND-Bundesgeschäftsführer Dr. Gerhard Timm.

Der BUND fordert von der Bundesregierung, den so genannten Nettobelastungsausgleich abzuschaffen und durch eine Härtefallklausel zu ersetzen. Nur solche Unternehmen, die nachweislich auf Grund höherer Energiesteuern - im Gegensatz zu Wettbewerbern im Ausland - in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht seien, sollten Anspruch auf Ermäßigungen haben. Da dies bei der bisherigen moderaten Höhe der deutschen Ökosteuern nur für sehr wenige Unternehmen zuträfe, ließe sich eine solche Härtefallregelung ohne großen Aufwand realisieren. Dies sei in ähnlicher Form mehrere Jahrzehnte auch mit dem Kohlepfennig praktiziert worden. Die generelle Ermäßigung für das produzierende Gewerbe in Höhe von 80 Prozent sollte nach Ansicht des BUND ebenfalls ersetzt werden. Nur Unternehmen, die ab 2005 an einem verbindlichen CO<sub>2</sub>-Emissionshandelssystem mit festgelegten Emissionsobergrenzen teilnehmen, sollten auch zukünftig von Ökosteuern-Ermäßigungen profitieren können. Für den Rest der Wirtschaft seien die regulären Ökosteuern-Sätze als Anreiz zum Energiesparen und für den Klimaschutz zumutbar.

Der BUND kritisiert die derzeit geltenden Ökosteuern-Ermäßigungen, weil durch sie für viele Großunternehmen jeglicher Anreiz zum Energiesparen entfallt und die Ökosteuern um bis zu 99 Prozent

ermäßigt würden. Außerdem werde die Wirtschaft insgesamt durch die ökologische Steuerreform aufgrund der Senkung

der Rentenversicherungsbeiträge netto um mehr als 2,5 Milliarden Mark jährlich entlastet, während die Verbraucher die Ökosteuern überproportional zu tragen hätten. Dies müsse sich ändern, damit die Akzeptanz der ökologischen Steuerreform in der Bevölkerung steige.

Den Forderungen der Opposition nach Abschaffung der ökologischen Steuerreform erteilte der BUND eine Absage: "Wer selbst keine Lösungsvorschläge für die ökologische Umgestaltung des Steuersystems hat, braucht sich auch nicht mit primitiver Ökosteuer-Abschaffungs-Rhetorik hervorzutun," kritisierte BUND-Bundesgeschäftsführer Timm.

### ***Energiesteuer-Harmonisierung EU***

Anlässlich des ECOFIN-Rates am 13. Dezember 2001 forderten der BUND, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Naturschutzring in einer gemeinsamen Pressemitteilung das Engagement der Bundesregierung, damit es zu einem Durchbruch bei der EU-weiten Einführung von Energiesteuern kommt. Wie sich im nachhinein herausstellte, leider ohne Erfolg!

Berlin, 4.12.01: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) forderten Bundesfinanzminister Hans Eichel auf, sich im Streit um die Befristung der Ökosteuer-Ermäßigungen für eine europaweite Angleichung der Energiesteuern einzusetzen. Dies sei nach Auffassung von DGB, DNR und BUND die letzte Chance, vor dem im kommenden Jahr im südafrikanischen Johannesburg stattfindenden Weltumweltgipfel die Energiebesteuerung als wichtigen Teil der europäischen Klimaschutzmaßnahmen doch noch auf den Weg zu bringen.

DGB-Vorstand Heinz Putzhammer: "Die ökologische Steuerreform entlastet nicht nur die Umwelt, sondern schafft allein in Deutschland bis zu 250 000 neue Arbeitsplätze. Diese Chance darf sich die europäische Politik gerade angesichts negativer wirtschaftlicher Trends in vielen Bereichen auf gar keinen Fall entgehen lassen."

"Die überfällige Angleichung der Ökosteuern in Europa ist die notwendige und richtige Antwort auf den Zapfsäulenpopulismus der CDU. Deshalb muss die Harmonisierung jetzt schnell kommen", sagte BUND-Bundesgeschäftsführer Dr. Gerhard Timm.

DNR-Präsident Hubert Weinzierl: "Viele EU-Staaten haben ähnliche Ökosteuern wie in Deutschland eingeführt. Deshalb kann von Wettbewerbsnachteilen für die heimische Wirtschaft keine Rede sein. Im Gegenteil: Die ökologische Steuerreform ist Innovationsmotor für viele effiziente Technologien, die neue Exportmärkte öffnen."

BUND, DGB und DNR erwarten von Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass er im Hinblick auf den kommenden EU-Gipfel in Belgien seine Anstrengungen intensiviert, um die unentschlossenen Mitgliedsstaaten zur einstimmigen Verabschiedung einer Energiesteuer-Richtlinie zu bewegen. Die Voraussetzungen dafür seien heute besser als je zuvor, da auf Grund der von Frankreich zugesagten Liberalisierung der Strom- und Gasdurchleitung für das bislang zögerliche Spanien ein entscheidendes Hindernis für eine Zustimmung aus dem Weg geräumt worden sei.

### ***BUND-Stand zur Ökosteuer beim SPD-Parteitag***

Bei dem SPD-Parteitag vom 19.-23. November 2001 in Nürnberg war der BUND mit einem Infostand im Konferenzgebäude präsent. Neben einer Vielzahl von Unternehmenspräsentationen war das der einzige Stand einer Nichtregierungsorganisation mit politischem Inhalt. Dementsprechend groß war das Interesse der Delegierten.

In zahlreichen Gesprächen wurde der BUND darin bestärkt, dass die Reserviertheit des Bundeskanzlers gegenüber einer Fortführung der ökologischen Steuerreform nach 2003 überwunden werden müsse. Von der Parteibasis wurden bei dem Parteitag mehrere Änderungsanträge zur ökologischen Steuerreform eingebracht, in denen für eine längerfristige Fortführung der Reform plädiert wird. Nach der Empfehlung der Antragskommission wurden diese Anträge zur weiteren Beratung an den Parteivorstand und die

Bundestagsfraktion überwiesen. Eine Festlegung für den Wahlkampf wurde von dem SPD-Parteitag weder in positiver noch in negativer Hinsicht getroffen. Der Wahlparteitag wird voraussichtlich erst im Juni 2002 stattfinden.

### ***Ökosteuer-Spar-Rechner bei Com!online und PCgo erschienen***

Der seit Ende 2000 im Internet unter <http://www.oeko-steuer.de/oekorechner> veröffentlichte Ökosteuer-Spar-Rechner ist inzwischen auch auf CD-Rom erhältlich. In den Computerzeitschriften PCgo (Auflage 755.00) und Com!online (Auflage 420.000) ist diese CD-Rom jeweils in der Ausgabe 1/2002 kostenlos beigelegt. Die Zeitschriften sind im Handel erhältlich. Falls Sie dort vergriffen sind, ist die Zeitschrift Com!online auch kostenlos beim BUND erhältlich unter <mailto:bundladen@bund.net>.

Wenn im Januar die nächste Ökosteuer-Stufe kommt, ist wieder die persönliche Energiebilanz gefragt. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) empfiehlt Optimierungen bei Heizung, Warmwasser, Strom und Autofahren. Das Ersetzen einer Glühbirne durch eine Energiesparlampe bringt jährlich zirka 10 Euro. Jede Kurzstreckenfahrt bis zwei Kilometer Entfernung, die mit dem Fahrrad statt dem PKW zurückgelegt wird, spart bis zu zwei Euro. Eine Minderung der Raumtemperatur im Winter um ein Grad senkt die Heizkosten um sechs Prozent. Im Internet kann jeder auf spielerische Weise sein individuelles Ökosteuer-Spar-Programm unter <http://www.oeko-steuer.de/oekorechner> aussuchen. Das Programm berechnet sofort die jeweiligen Ersparnisse.

Die Bilanz eines Vier-Personen-Haushaltes mit 15 000 km PKW-Nutzung, einer 100- Quadratmeter-Wohnung mit Ölheizung und durchschnittlichem Stromverbrauch sieht so aus: 120 Euro Ökosteuer auf Benzin plus 40 Euro auf Heizöl plus 30 Euro auf Strom machen zusammen 190 Euro im Jahr. Bei einem Bruttomonatseinkommen dieses Haushalts von 2500 Euro beträgt die Entlastung der Rentenversicherungsbeiträge 180 Euro jährlich. Die Nettobelastung liegt also bei jährlich 10 Euro.

Wenn ein solcher Haushalt nur einige Energiespartipps nutzt, z.B. die Heizungsventile beim Lüften schließen, den Fernseher ausschalten statt ihn Stand-By zu lassen und den PKW mit hohem Reifendruck fahren, wird er sofort zum "Ökosteuer-Gewinner": Aus der Nettobelastung von 10 Euro werden rund 150 Euro Gewinn im Jahr. Den Hauptgewinn hat laut BUND jedoch die Umwelt. Weniger Energieverbrauch heißt mehr Ressourcen- und Klimaschutz.

## **5. WEITERE UMWELT- UND WIRTSCHAFTSTHEMEN**

### ***Gesetzesentwurf zur LKW-Maut vom Bundestag verabschiedet***

Spediteure und andere Betreiber von Lastkraftwagen ab 12 Tonnen müssen für die Benutzung deutscher Autobahnen von 2003 an eine Lkw-Maut zahlen. Der Bundestag verabschiedete am 13.12.01 einen entsprechenden Gesetzesentwurf. Durch die streckenbezogene Benutzungsgebühr soll der Schwerverkehr an den Kosten für Bau, Unterhalt und Betrieb der Autobahnen beteiligt werden. Als Nebeneffekt kann die Lkw-Maut nach Überzeugung der Bundesregierung dazu beitragen, Gütertransporte stärker auf die Schiene zu verlagern. Die Höhe der Lkw-Maut, die in einer Verordnung gesondert festgelegt wird, soll durchschnittlich 15 Cent pro Kilometer betragen (Auszug aus dem Artikel „Bundestag verabschiedet Arzneimittel-Sparpaket“, Berliner Zeitung, 15.12.01).

### ***Lkw-Maut wird bei 15 Cent pro Kilometer liegen***

"In dieser Woche werden die Weichen für das Zukunftsprojekt "LKW-Maut" in Deutschland gestellt." Dies sagte der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Kurt Bodewig in Berlin anlässlich der Bekanntgabe der Höhe der Lkw-Maut von durchschnittlich 15 Cent pro Kilometer. Der Preis habe sich aus Berechnungen von zwei unabhängigen wissenschaftlichen Instituten ergeben.

"Wir erwarten damit Gesamteinnahmen von rund 6,6 Milliarden Mark", sagte Bodewig. Die 15 Cent pro Kilometer Autobahnfahrt seien ein Durchschnittswert. Die Höhe der einzelnen Mautsätze richte sich nach den Emissionsklassen und der Achsenzahl der Lkw. Dementsprechend könne der Kilometerpreis unter 15

Cent für kleine, umweltfreundliche Lkw oder darüber liegen für größere Fahrzeuge mit höheren Emissionswerten.

"Mit der Maut bringen wir eine Vielzahl von Innovationen voran," sagte Bodewig weiter. An erster Stelle stehe der Wechsel von der ausschließlichen Steuerfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur hin zu einer stärkeren Nutzerfinanzierung. Von den geschätzten 6,6 Milliarden Mark Einnahmen fließe der überwiegende Teil wieder in Verkehrsprojekte. Damit könnten unabhängig von der jeweiligen Haushaltslage Staus auf den Straßen beseitigt, die Schiene modernisiert und die Wasserstraßen ausgebaut werden.

Auch die Berechnung der Maut sei neuartig. Denn Grundlage für die Mauthöhe seien nicht Wunsch oder politischer Wille, sondern die Wegekosten, wie sie in einer EU-Richtlinie festgeschrieben worden seien. Die beauftragten wissenschaftlichen Institute berechneten, welcher Kostenanteil dem schweren Lkw am Bau, Betrieb und Erhalt von Autobahnen zugeordnet werden kann. Hieraus leiteten die Institute die durchschnittliche Höhe der Lkw-Maut ab.

Eine weitere Neuheit und damit wahrscheinlich auch ein zukünftiger Exportschlager werde das elektronische Erhebungssystem werden. Denn die Lkw-Maut in Deutschland komme ohne Mauthäuschen, ohne Schranken, ohne Fahrbahnverengungen und ohne Geschwindigkeitsreduktionen aus. Für Wenigfahrer bestehe außerdem die Möglichkeit, die Maut an Zahlstellen mit herkömmlichen Zahlungsmitteln zu entrichten.

"Neu ist auch, dass durch die kilometerabhängige Autobahngebühr ausländische Lkw zum ersten Mal einen gerechten Beitrag zu den Wegekosten leisten werden," sagte Bodewig. Auch diese Einnahmen würden zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland herangezogen (Pressemitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, 11.12.01).

#### ***Energiebericht von Bundeswirtschaftsminister Werner Müller***

Am 27. November 2001 hat Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller den Energiebericht "Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung" der Öffentlichkeit vorgestellt. Den Bericht finden Sie unter

<http://www.bmwi.de/Homepage/Politikfelder/Energiepolitik/Energiebericht/Energiebericht.jsp>

#### ***SPD und Grüne widersprechen Werner Müllers Thesen***

Zwischen den Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen und Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) hat sich der Streit um die klimapolitischen Thesen des Energieberichts verschärft. "Dieses Papier wird niemals zur offiziellen Regierungspolitik", sagte der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Reinhard Loske, der "Berliner Zeitung". Der Bericht spiegele in keinster Weise die tatsächliche Politik der Koalition in Energie- und Klimafragen wider. Auch der stellvertretende Fraktionschef der SPD Michael Müller betonte, der Bericht bleibe "weit hinter den Vorstellungen der SPD zurück". Es handele sich um ein "Chaos-Papier".

[http://www.berlinonline.de/wissen/berliner\\_zeitung/archiv/2001/1128/politik/0052/index.html?](http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2001/1128/politik/0052/index.html?)

#### ***Nachhaltige Mobilität ist Aufgabe für die Automobilindustrie***

Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat die deutsche Automobilindustrie aufgefordert, Modelle für eine zukunftsfähige und nachhaltige Mobilität zu entwickeln und sich so bereits heute auf die Märkte der Zukunft auszurichten. So reiche es nicht aus, nur die Kraftfahrzeuge selbst zu verbessern, es sei auch notwendig, zukunftsfähige Alternativen zur Mobilität mit dem eigenen Auto zu entwickeln.

„Dem Anspruch der Nachhaltigkeit werden wir nur gerecht, wenn wir zukünftig sehr viel mehr Verkehr vermeiden“, sagte der Bundesumweltminister auf dem Umweltforum der DaimlerChrysler AG in Magdeburg.

Die Bundesregierung hat Umwelt- und Klimaschutz in dieser Legislaturperiode als Querschnittsaufgabe der Politik verankert und einem gesamtgesellschaftlichen Prozess der Neuorientierung angestoßen. Deutschland hat sich im Rahmen der Lastenverteilung der Europäischen Union verpflichtet, den Ausstoß der sechs wichtigsten Treibhausgase bis 2012 um 21 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. „Davon haben wir aufgrund umfangreicher und gezielter Investitionen bereits 18 Prozent erreicht. Die Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrsbereichs sind demgegenüber aber zwischen 1990 und 2000 um nahezu 13 Prozent

gestiegen“, sagte der Bundesumweltminister. Eine erste vorläufige Schätzung lasse für das vergangene Jahr erstmals auf einen Rückgang um fast zwei Prozent und damit auf eine Trendwende hoffen. „Das wäre ein wichtiger Teilerfolg unserer Strategie: wir fördern umweltfreundliche Mobilität und verteuern Mobilität, die zu Lasten der Umwelt und des Klimas geht“, sagte Trittin. Die Ökologische Steuerreform habe sich in diesem Zusammenhang als Erfolg für die Umwelt erwiesen. Im ersten Halbjahr 2001 sei der Verbrauch von Benzin und Diesel um etwa fünf Prozent weiter gesunken. „Vor allem haben sich Kundenverhalten und auch die Entwicklungsstrategien der Automobilkonzerne verändert: Der Spritverbrauch ist wieder ein Thema und es werden wieder zunehmend sparsamere Fahrzeuge nachgefragt und entwickelt“, sagte Trittin.

Für eine nachhaltige Entwicklung reiche es jedoch nicht aus, nur die Kraftfahrzeuge selbst zu verbessern, es sei auch notwendig, zukunftsfähige Alternativen zur Mobilität mit dem eigenen Auto zu entwickeln. Der Klimawandel habe deutlich gemacht, dass unsere Art zu Wirtschaften zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen führt und dass sie schon gar nicht auf den benachteiligten Teil der Menschheit in den Ländern der Dritten Welt zu übertragen ist. Es sei mittlerweile auch von der Industrie anerkannt, dass es der ökologischen und auch der volkswirtschaftlichen Modernisierung diene, die Umweltkosten in die Preise von Produkten und Dienstleistungen einzubeziehen. Gleichzeitig funktioniere das heutige Modell von Mobilität und Verkehr immer weniger. „Die grenzenlose Mobilität im eigenen Pkw ist nicht nur umweltschädigend, sie bleibt auch zunehmend im Stau stecken und schlägt um in Stillstand und Immobilität“, sagte Trittin.

Der Bundesumweltminister entwarf ein Zukunftsbild der Automobilhersteller als Mobilitätsdienstleister: „Wenn die Ökosteuer fortgeschrieben wird und gemeinsam mit der Schwerverkehrsabgabe den Güterverkehr immer mehr auf die Schiene verlegt, dann ist nicht mehr das Transportvolumen, sondern der intelligente Service Geld wert. Sie werden vielleicht LKW-Container-Modelle entwickeln, die für ineinandergreifende Verkehrsnetzwerken zugeschnitten sind: vom Kleinlastwagen über die Bahn bis in den Zeppelin. Recycling und Wartung werden einen sehr viel höheren Stellenwert haben. Schließlich hätten sie als Dienstleister, der Gütertransport anbietet, ein Interesse an geringem Materialverbrauch. Sie wollten, dass Ihre LKW und PKW so langlebig und flexibel einsetzbar wären, wie nur irgend möglich. Materialforschung bekäme einen ganz neuen Stellenwert.“ (BMU-Pressedienst Nr. 240/01, Berlin/Maddeburg, 21. November 2001).

### ***21 Ziele für das 21. Jahrhundert: Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie***

"Mit 21 Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung markieren wir den Weg für ein zukunftsfähiges Deutschland im 21. Jahrhundert", erklärte der Staatsminister beim Bundeskanzler, Hans Martin Bury, am Mittwoch den 19. Dezember 2001 in Berlin bei der Vorstellung des Entwurfs der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie "Perspektiven für Deutschland".

"Mit 21 Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung markieren wir den Weg für ein zukunftsfähiges Deutschland im 21. Jahrhundert", erklärte der Staatsminister beim Bundeskanzler, Hans Martin Bury, am Mittwoch den 19. Dezember 2001 in Berlin bei der Vorstellung des Entwurfs der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie "Perspektiven für Deutschland"

Nachhaltigkeit sei "der rote Faden der Reformpolitik dieser Bundesregierung" von der Haushaltskonsolidierung über die Steuerreform, das Altersvermögensgesetz, Bildung und Forschung bis hin zur Energiewende und der Neuorientierung der Landwirtschaft. Dementsprechend breit angelegt sei das Themenspektrum der Nachhaltigkeitsstrategie: "Generationengerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt, Lebensqualität und Internationale Verantwortung sind die Koordinaten unserer Strategie", sagte Bury.

Daran orientieren sich auch die 21 Indikatoren. Dazu gehören beispielsweise die Halbierung der Energie- und Rohstoffintensität bis 2020 gegenüber 1990 bzw. 1994 und die Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Energieverbrauch bis 2010. Der tägliche Flächenverbrauch soll bis 2020 von derzeit 130 Hektar auf 30 Hektar sinken. Die privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen kontinuierlich auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen und die Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für Kinder in den alten Ländern innerhalb der nächsten zehn Jahre je nach Altersklasse von 2,2 Prozent (bis 3 Jahre), 16,3 Prozent (3 bis 6 Jahre) und 3,4 Prozent (6 bis 12 Jahre) auf jeweils 30 Prozent ausgeweitet werden.

Die Strategie ist der deutsche Beitrag zur Rio-Folgekonferenz im September 2002 in Johannesburg. Ziel ist die Balance zwischen den Bedürfnissen der jetzigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger

Generationen. Nachhaltigkeit, so Bury, sei "mehr als die Fortsetzung der Umweltpolitik mit anderen Mitteln. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist eine umfassende Modernisierungsstrategie. Sie beinhaltet ein enormes Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Dieses Potenzial werden wir erschließen."

Bury rief die Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft auf, das Thema zu ihrer eigenen Sache zu machen: "Wer als Unternehmer investiert oder als Verbraucher konsumiert, bestimmt über die zukünftige Entwicklung ebenso wie der Staat mit Gesetzen und Programmen. Wir brauchen deshalb eine möglichst breite gesellschaftliche Verständigung über das Leitbild Nachhaltigkeit."

Die Erarbeitung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird durch Gespräche mit den gesellschaftlichen Gruppen begleitet. Bürgerinnen und Bürger können über das Internet-Forum "Dialog Nachhaltigkeit" <http://www.dialog-nachhaltigkeit.de> Ideen und Vorschläge einbringen. Ergebnisse dieser Diskussion sind bereits in die Arbeit an dem Entwurf eingeflossen. Besonders hob Bury die Vorschläge und Beiträge des Rates für Nachhaltige Entwicklung hervor. Dessen Anregungen hätten an zahlreichen Stellen Eingang in den Entwurf gefunden.

Mit der Veröffentlichung des Entwurfs beginnt die zweite Dialogphase über Herausforderungen und Chancen der Nachhaltigkeit. Im Frühjahr 2002 wird die Bundesregierung die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie in ihrer endgültigen Fassung beschließen.

Der Entwurf der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie findet sich unter [http://www.bundesregierung.de/top/dokumente/Schwerpunkte/Nachhaltige\\_Entwicklung/ix6080\\_65686.htm](http://www.bundesregierung.de/top/dokumente/Schwerpunkte/Nachhaltige_Entwicklung/ix6080_65686.htm) im Anschluss an die Pressemitteilung (Pressemitteilung des Bundespresseamtes, 19.12.01).

### ***Nachhaltigkeitsrat fordert Verschärfung der Klimaschutzziele***

Der von Gerhard Schröder berufene Rat für Nachhaltige Entwicklung fordert von der Bundesregierung die Verschärfung ihrer Klimaschutzziele. Wie die Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT berichtet, hat sich das 17-köpfige Gremium auf ein am 27.11.01 veröffentlichtes Dialogpapier geeinigt, das diese Forderung enthält. "Um den Beitrag Deutschlands zur Minderung der Treibhausgase langfristig zu sichern, ist eine klare Festlegung eines weiterführenden Zielkorridors - etwa für 2010 minus 30 Prozent und für 2020 minus 40 Prozent, jeweils bezogen auf 1990 - und eines entsprechenden Monitoring notwendig, damit Fehlentwicklungen frühzeitig entgegengewirkt werden kann", zitiert die ZEIT aus dem Papier. Bisher hat die Bundesregierung nur das Ziel, den nationalen Ausstoß von Kohlendioxid bis zum Jahr 2005 um 25 Prozent zu senken. Der parteilose Wirtschaftsminister Werner Müller hatte sich wiederholt gegen die Festlegung weiterführender Ziele für die Zeit danach ausgesprochen.

Der Nachhaltigkeitsrat unter dem Vorsitz des früheren Bundesministers Volker Hauff (SPD) spricht sich nach Angaben der ZEIT darüber hinaus "für eine sozialverträglich gestaltete Abschaffung der Steinkohlesubventionen bis zum Jahr 2010" aus. Das im April eingesetzte Gremium, dem unter anderem der Babynahrungshersteller Claus Hipp (B.A.U.M.-Mitglied) und der frühere Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) angehören, soll die Bundesregierung bei der Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beraten.

Info: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de>, <http://www.dialog-nachhaltigkeit.de>, <http://www.bundesregierung.de> (Baum News 18, 04.12.2001).

## **6. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER**

Den aktuellen Newsletter und die neugestaltete Homepage finde ich richtig klasse. Damit kommt dem FÖS endlich mal wieder eine entscheidende Schlüsselfunktion in der ÖSR-Debatte zu. Weiter so! (M.M. aus Berlin)

## 7. KURZMELDUNGEN

### *Arbeiten der Arbeitsgruppe "Emissionshandel zur Bekämpfung des Treibhauseffektes"*

Die Bundesregierung hat im Rahmen des nationalen Klimaschutzprogramms vom 18. Oktober 2000 das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beauftragt unter Beteiligung der Wirtschaft und der anderen gesellschaftlichen Gruppen eine Arbeitsgruppe einzurichten, um die Möglichkeiten für die Schaffung eines nationalen Emissionshandelssystems zu prüfen. Lesen Sie eine Stellungnahme der Arbeitsgruppe unter [http://www.bmu.de/download/dateien/emissionshandel\\_dok2.pdf](http://www.bmu.de/download/dateien/emissionshandel_dok2.pdf).

### *DB-Umweltbericht 2000: Die Bahn erreicht ihr CO<sub>2</sub>-Klimaschutzziel vorzeitig*

„Die Bahn hat seit 1990 ihre Emissionen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) trotz gewachsener Verkehrsleistungen um ein Fünftel senken können. Die spezifischen CO<sub>2</sub>-Emission je Transportleistung konnte im Personenverkehr um 24 % und im Güterverkehr sogar um 33 % gesenkt werden. Das 1994 verkündete Ziel, eine Reduktion von 25 % bis zum Jahr 2005 zu erreichen, konnte somit bereits fünf Jahre vorzeitig erfüllt werden,“ sagte Dr. Karl-Friedrich Rausch, Vorstand Technik der Deutschen Bahn AG in Berlin bei der Vorstellung des DB Umweltberichts 2000.

Der spezifische Energieverbrauch, eine Maßzahl der Umweltverträglichkeit eines Verkehrsmittels, konnte gegenüber 1990 um immerhin etwa ein Siebtel - oder rund 14 % - reduziert werden. „Auch hier sind wir zuversichtlich, unsere selbstgesteckten Ziele, 25 % bis 2005 einzusparen, zu erreichen“, sagte der Technikvorstand der Bahn, der die Umweltkompetenz für den DB Konzern hat. „Die Fortschritte im ökologischen Bereich sichern der Bahn dauerhaft den Umweltvorsprung gegenüber anderen Verkehrsträgern.“

Ausführliche Informationen finden Sie unter [www.BAUMeV.de/aktuell/DB2000.htm](http://www.BAUMeV.de/aktuell/DB2000.htm) oder unter [www.bahn.de/umwelt](http://www.bahn.de/umwelt) (Baum News 17, 08.11.2001). Der vollständige DB-Umweltbericht 2000 kann unter <http://www.bahn.de/imperia/md/content/pdf/umweltberi/2.pdf> heruntergeladen werden.

### *Die Deutschen schonen ihre Umwelt*

Gute Noten erteilt das Statistische Bundesamt uns Deutschen in Sachen Umweltverhalten. Laut den "Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2001" beanspruchen wir unsere natürliche Umwelt zurzeit weit weniger als noch vor 10 Jahren. Die wesentlichen Ergebnisse:

- Der Rohstoffverbrauch ging von 1991 bis 2000 um 1,9 % zurück, der Energieverbrauch verminderte sich in diesem Zeitraum um 2,0 %
- die Entnahme von Wasser aus der Natur verringerte sich zwischen 1991 und 1998 um 11,4 %
- die Abgabe von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) ist von 1990 bis zum Jahr 2000 um 15 % gesunken
- die Emission von Versauerungsgasen (Schwefeldioxid und Stickoxide) ging zwischen 1991 und 1999 um 65,6 % zurück
- die Siedlungs- und Verkehrsfläche - die allerdings nicht mit der versiegelten Fläche gleichzusetzen ist - wurde hingegen zwischen 1993 und dem Jahr 2000 von 40 305 km<sup>2</sup> auf 43 447 km<sup>2</sup> (+ 7,8 %) ausgeweitet. Dies entspricht einem durchschnittlichen Zuwachs von 123 ha pro Tag.

Info: [http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2001/ugr\\_2001b.htm](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2001/ugr_2001b.htm) (Baum News 18, 04.12.2001).

## 8. SERVICE: JOBS

### *Der FÖS sucht einen Praktikanten!*

Wer mal einen Einblick in die Vereinsarbeit gewinnen, mit uns den Newsletter erstellen und an der Homepage mitarbeiten will, ist bei uns genau richtig.



Weitere Infos unter: <http://www.foes-ev.de/3aktuelles/jobs.html>

### ***Senior Analyst bei Friends Ivory and Sime in London gesucht***

Friends Ivory and Sime wird binnen kurzem eine Stelle für einen Senior Analyst (Umwelt- und Sozialresearch) ausschreiben, Voraussetzung 5 Jahre einschlägige Berufserfahrung (aber nicht unbedingt als Analyst), fließendes Englisch, post-graduate nach Möglichkeit. Gehalt steht noch nicht fest. Sitz: London. Kontakt zu Friends Ivory and Sime können Sie unter <http://www.friendsivoryfunds.com>.

## **9. SERVICE: LINKS**

### ***Alles relativ***

Unser Mitglied Norbert Lang hat auf seiner Homepage eine Seite entwickelt, auf der er interessante Informationen zu Autokosten im Laufe der Zeit bereithält. Ein Beispiel:

„Spätestens, seit die Preisschilder an den Tankstellen schneller gewechselt werden als Schumis Reifen, geht ein kollektives Stöhnen durch die Republik: Autofahren wird unbezahlbar. Die armen Autofahrer, Melkkuh der Nation. Wer die letzten 25 Jahre zurückblickt, kann eine solche Meinung aber nicht uneingeschränkt aufrecht erhalten. Tatsächlich ist der neuste Sprung bei den Spritpreisen zwar auffällig, hat aber eigentlich nur den Rahmen wieder gerade gerückt.

### **Die schönen 90er-Jahre**

Was den Blick heute trübt, ist die Entwicklung der Benzinpreise Ende der 80er-Jahre, kurz vor der deutschen Einheit: Zu diesem Zeitpunkt fielen sie nämlich massiv. Waren die Preise an den Zapfsäulen noch bis etwa Mitte der 80er-Jahre im Gleichschritt mit den Nettolöhnen nach oben geklettert, sank plötzlich das Niveau. 1990 war der Preis mit 1,19 Mark vorläufig im Keller. 1975 kostete der Liter Superbenzin, damals noch verbleit, 90 Pfennig. 1985 lag der Liter Super bei 1,42 Mark.

Als Anhaltspunkt: Der durchschnittliche Nettolohn betrug 1975 exakt 1.343 Mark, 1985 waren es 2020 Mark im Monat. Griffiger: Wer 60 Liter voll tanken musste, hatte dafür jeweils nicht ganz einen Tag zu arbeiten. Heute liegt der durchschnittliche Nettolohn bei 2.750 Mark, der Liter Super Bleifrei kostet knapp zwei Mark, genau wie vor 15 und 25 Jahren muss für 60 Liter Sprit knapp ein Tag gearbeitet werden.“

Wer mehr lesen möchte, schaue einfach mal nach auf

<http://www.isis.de/members/~norblang/autokosten/autokosten.html>.

### ***Ökosteuerseite des Bundesfinanzministeriums***

Das Bundesfinanzministerium bietet auf seinen Ökosteuerseiten gute Information und Hintergrunddaten – teils als Grafiken aufgearbeitet – zur Ökologischen Steuerreform.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Oekologische-Steuerreform-.727.htm>

### ***Studie: Nachhaltiges Wirtschaften in NRW***

"Worin liegt das Interesse von Unternehmen am Thema Nachhaltigkeit?" und "Wo zeichnen sich bereits heute tragfähige Entwicklungen in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens ab?" waren die Kernfragen der Studie "Landkarte nachhaltiges Wirtschaften in NRW". Dazu wurden ca. 100 Unternehmen untersucht, die bereits Erfahrungen zu diesem Thema gesammelt haben. Die Studie wurde im Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW durch die ecom.AG erstellt. Sie kann in zwei Teilen als pdf-Datei heruntergeladen werden.

<http://www.ecomAG-online.de/landkarte>

### ***Equity Watch – Newsletter zum Klimawandel***

Equity Watch ist ein von der Global Environment Governance Unit des indischen Centre for Science and Environment (CSE) veröffentlichter Newsletter zum Thema Klimawandel (englisch).

<http://www.cseindia.org/html/cmp/climate/ew/index.htm>

**Nachhaltigkeitsstrategie**

Der Entwurf der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (270 Seiten!), in dem z.B. die Halbierung der Energieintensität bis 2020 gegenüber 1990 vorgeschlagen wird, kann jetzt im Internet heruntergeladen werden unter

[http://www.bundesregierung.de/top/dokumente/Schwerpunkte/Nachhaltige\\_Entwicklung/ix6080\\_58179.htm](http://www.bundesregierung.de/top/dokumente/Schwerpunkte/Nachhaltige_Entwicklung/ix6080_58179.htm)

Hierzu hat der Bürger die Möglichkeit, Stellung zu nehmen.

**10. SERVICE: VERANSTALTUNGEN****10. – 11.01.2002, Berlin: Kunst – Kultur – Nachhaltigkeit**

Fachtagung des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt zur Bedeutung von Kultur für das Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ in der Akademie der Künste.

Infos unter <http://kupoge.de>, <mailto:Wagner@kupoge.de>, Fon: 0228/20167-0

**16.01.2002, Berlin: Ökologische Steuerreform als Beitrag zum Modernisierungsprozess**

Fachgespräch des Arbeitskreises Ökologische Marktwirtschaft in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin. Bei der Podiumsdebatte sind Bundesfinanzminister Hans Eichel, Prof. Dr. Walter (Chefökonom der Deutschen Bank AG), Michael Müller (Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion) und Dr. Bernhard Hillebrand (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung - RWI) beteiligt.

Infos unter <http://www.fes.de>, <mailto:Albrecht.koschuetzke@fes.de>, Fon: 0228/883-376

**17. – 19.01.2002, Berlin: Renexpo Germany 2002**

Forum für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen.

Info: <http://www.energie-server.de>

**17.02.2002, Berlin: Umweltkonferenz 2002: Neue Ziele für die Umwelt**

In Fortsetzung ihrer erfolgreichen Umweltkonferenzen „Neue Allianzen für die Umwelt“ (2000) und „Neue Instrumente für die Umwelt“ (2001) möchten Bündnis 90/Die Grünen auch im Jahr 2002 dazu einladen, einen Tag lang mit Ihnen über die notwendigen Wege einer innovativen Umweltpolitik zu diskutieren.

Weitere Infos unter: <http://www.loske.de/web/umwelt.htm> (→ Veranstaltungen)

**22. – 24.02.2002, Böblingen: Erneuerbare Energien 2002**

Internationale Messe und Kongress

Info: <http://energie-server.de>

**08. – 10.03.2002, Rehburg-Loccum: Umwelt oder Mitwelt?**

In den Umweltwissenschaften macht sich Ernüchterung breit: die wichtigsten Trends des globalen Raubbaus an den natürlichen Ressourcen einschließlich des Erdklimas laufen ungebremst weiter. Effizienzgewinne durch umweltschonende Techniken werden immer wieder durch Wachstumseffekte aufgezehrt und bei den 15- bis 30- Jährigen stellt die jüngste Studie des Umweltbundesamtes einen dramatischen Rückgang an Umweltbewusstsein fest.

Vor dem Hintergrund dieses Dauerdilemmas lädt die Evangelische Akademie Loccum Exponenten der Naturphilosophie, der Umweltwissenschaften und der Umweltpolitik dazu ein, in kritischer Auseinandersetzung untereinander eine Analyse des gegenwärtigen Stands der staatlichen Umweltpolitik zu leisten und deren weitere Perspektiven zu diskutieren.

Infos: <mailto:eal@evlka.de>, <http://www.loccum.de>, Tel.:05766/81-0

#### ***12.04. – 13.04.2002, Woodstock, Vermont (USA): Third Annual Global Conference on Environmental Taxation***

The conference will focus on two critical issues in environmental taxation -- the legal limits on the power of governments around the world to use environmental taxes, and what experience can teach us about how and when to use environmental taxes.

**The Limits on the Power of Governments to Use Environmental Taxation.** The first day of the conference will focus on legal constraints on governments' power to enact environmental taxes, such as constitutional limitations, limits inherent in international governmental alliances such as the European Union, restraints imposed by trade agreements, and the role of border adjustments for environmental taxes in complying with trade agreements. These legal limits play a fundamental role in defining the potential to the use of environmental taxation.

**What Experience Teaches about the Use of Environmental Taxation.** During the second day, participants will examine the experiences that a broad range of countries have had with environmental taxes. Panels and discussions will focus on evidence of the effectiveness of environmental taxes, analyses of when taxation is the best instrument for achieving environmental goals, issues in drafting and administration, the politics of enacting environmental taxes, and case studies of recent innovations. This information can help build a stronger foundation for the future use of environmental taxes.

#### **Who Should Attend**

Speakers and participants who are interested in environmental taxation will come to the conference from around the world -- Europe, North America, Asia, Australia, South America -- and from a broad range of disciplines -- governmental officials worldwide, professors of taxation, accounting, economics and environment from major universities, leading CPAs and attorneys, industry executives and leaders of non-profit organizations.

#### **The Conference Location**

The conference will be held at the Woodstock Inn in Woodstock, Vermont, a lovely Vermont village. For information about the Woodstock Inn and its location, visit its website at [www.woodstockinn.com](http://www.woodstockinn.com). Special conference rates for accommodations will be available for people who register early.

#### **Previous Conferences**

The 2002 conference is the third in a series of conferences. The first conference was held in Cleveland, Ohio, USA in April 2000, and the second in Vancouver, Canada in 2001.

#### **For More Information**

Please contact Prof. Janet Milne, Director of the Environmental Tax Policy Institute at Vermont Law School, Chelsea St., South Royalton, Vermont USA 05068, by telephone at (802) 763-8303 ext. 2266 or by email at [jmilne@vermontlaw.edu](mailto:jmilne@vermontlaw.edu). This webpage will be updated periodically with more information about the conference.

#### **Environmental Tax Policy Institute**

Vermont Law School's Environmental Tax Policy Institute analyzes the ways in which taxation can be used to address environmental problems. By serving as a resource for the public and private sectors, non-governmental organizations, the press and academia, the Institute seeks to better inform the public policy debate about the role of environmental taxes at the local, state and federal levels.

<http://www.vermontlaw.edu/elc/envirotaxconover.cfm>

## **11. FÖS: IN EIGENER SACHE**

### ***Neues Beiratsmitglied***

Für unseren Beirat konnten wir ein neues hochkarätiges Mitglied gewinnen. Yannis Paleocrassas war griechischer Finanzminister sowie Mitglied der EU-Kommission. Im Moment ist er Vorsitzender der

griechischen Umweltorganisation „Elliniki Etaira“. Zum Beiratstreffen im März wird Herr Paleocrassas nach Deutschland kommen, wo ihn die anderen Beiratsmitglieder dann persönlich begrüßen werden.

### ***Ökobank wird von GLS-Gemeinschaftsbank übernommen***

Zum Jahreswechsel haben wir Ihnen noch eine erfreuliche Nachricht in Sachen Finanzen. Ende November beschloss der Aufsichtsrat und Vorstand der BAG Bankaktiengesellschaft Hamm – deren Niederlassung die Ökobank seit Sommer 2001 ist – das Ökobank-Bankgeschäft auf die GLS Gemeinschaftsbank eG (GLS-Bank) zu übertragen. Mit der GLS-Bank wird die älteste und erfahrenste ethisch-ökologische Bank in Europa die Idee der Ökobank weiterführen.

### ***Umstellung der Mitgliedsbeiträge***

Seit dem 1.1.2002 gelten nun die auf der letzten Mitgliederversammlung beschlossenen neuen Mitgliedsbeiträge: 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Bitte denken Sie bei Ihrer Überweisung daran!

### ***Neue Homepage***

Nachdem wir im Sommer die Homepage schon etwas überarbeitet hatten, ist sie nun vollständig neu gestaltet und den neuen Gegebenheiten angepasst. Die Inhalte sind zwar grundsätzlich gleichgeblieben, aber noch deutlich erweitert worden. Werfen sie doch mal einen Blick drauf:

<http://www.foes-ev.de>

### ***Haben Sie eine neue Adresse oder Email?***

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder eMailadressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder eMails zurückkommen, kostet uns viel Zeit und damit Geld. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

### ***Wie kann der Newsletter noch besser werden?***

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen ([foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de)).

### ***Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?***

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie und / oder werden Sie Mitglied bei uns! Denn wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber zufrieden mit unserer Arbeit, bzw. den Mitteilungen/Newsletters sind, können sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglieder unterstützten. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 60 € für Förder- und 200 € für Aktivmitglieder. Ein Beitrittsformular finden Sie unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html>.